Johanna Sigl, Katharina Kapitza, Karin Fischer

# Facetten des Antifeminismus

## Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft

Beiträge aus „10 Minuten - die den Unterschied machen“

Reihe Aspekte

Alma Marta

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar unter
http://dnb.d-nb.de

Besuchen Sie unsere Verlage im Internet:
www.alma-marta.de
www.marta-press.de

1. Auflage Juni 2021
© 2021 Alma Marta, Hamburg, Germany
www.alma-marta.de
Alle Rechte vorbehalten.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
© Coverlayout: Andreas Imhof, Hamburg.
Printed in Germany.
ISBN 978-3-948731-02-1

# Inhalt

**Einleitung** ..... **7**
Karin Fischer, Katharina Kapitza, Johanna Sigl

**Teil A) Angriffe: rechte Anfeindungen gegen Geschlechter- und Diversitätsforschung und Gleichstellungsarbeit**

**Zugriffe und Angriffe auf Feminismus durch die extreme Rechte. Zum Verhältnis von Antifeminismus und Rechtsextremismus** ..... **19**
Johanna Sigl

**Geschlechtergerechte Sprache als 'Sprachpolizei' oder ‚Political Correctness'?** ..... **33**
Caja Fischer, Steffi Hobuß

**‚Gender mich nicht' - über das falsche Spiel von rechts außen** ..... **51**
Andreas Eylert-Schwarz, Mariza Leuchtmann

**Teil B) Eingriffe: Thematische Bezüge in Natur und Kultur**

**Projektionsfläche Neobiota: Antifeministische Denkfiguren in der Konstruktion ‚fremder' Natur/en ..... 69**
Katharina Kapitza

**Antifeminismus als Bestandteil der Einflussnahme von rechten Akteur*innen im Umwelt- und Naturschutzbereich ..... 86**
Daniela Gottschlich, Christine Katz

**Die 'gute Mutter' zwischen neoliberaler Selbstoptimierung und Retraditionalisierung von rechts ..... 102**
Ann-Kathrin Mader

**Mutter, Vater, Sternenkind. Die Änderung des Personenstandsrechts für Fehlgeborene und ihre unvorhergesehenen Folgen ..... 117**
Julia Böcker

**Autor*innen & Herausgeberinnen ..... 135**

**Anhang ..... 139**

# Einleitung

Karin Fischer, Katharina Kapitza, Johanna Sigl

Die Ideologie des Antifeminismus unterläuft gesellschaftliche Veränderungsprozesse und Bestrebungen, die die Erhöhung der Teilhabechancen aller, unbesehen ihrer geschlechtlichen Verortungen und Identifikationen, zum Ziel haben. Dabei verbindet sich antifeministische Ideologie und antifeministisch motiviertes Handeln mit weiteren Vorstellungen von Ungleichwertigkeiten. Am Beispiel der Überschneidungen von Antisemitismus und Sexismus spricht Karin Stögner dabei von der „Intersektionalität von Ideologien" und zeigt auf, dass

> […] Antisemitismus eine Ideologie ist, die durchgängig von sexistischen, rassistischen und nationalistischen Momenten durchdrungen ist und gerade aus dieser Verschränkung ihre dauerhafte gesellschaftliche und individuelle Wirkmächtigkeit bezieht. (Stögner 2017: 26)

Die Verbindungslinien zwischen Antifeminismus und Antisemitismus sind dabei in den letzten Jahren wissenschaftlich gut nachgezeichnet und analysiert worden (vgl. stellvertretend AG Gender Killer 2005; Stöger 2014). Ihre menschenverachtende Dimension hat sich in den letzten Monaten und Jahren in mehreren Anschlägen, die vielen Menschen das Leben gekostet haben und für viele Überlebende und Hinterbliebene traumatische Einschnitte darstellen, manifestiert. Naomi Henkel-Gümbel, eine Überlebende des Terroranschlags in Halle im Oktober 2019 und Nebenklägerin im Prozess gegen den Attentäter, drückt es wie folgt aus:

> Wir sind heute hier, weil wir den Terror erlebt haben, der sich gegen vermeintlich "Andere" richtet – gegen Juden, gegen Frauen, Migranten, Muslime, People of Color und gegen all jene, die nicht in ein Weltbild passen, das von Hass dominiert wird.[1]

Vereinend für die ideologischen Ungleichwertigkeitskonstruktionen dient die gleichartig abwertende Darstellung von Weichheit und Schwäche, die sowohl Frauen wie auch Juden zugeschrieben wird. Während Sexismus in einige Definitionen von Rechtsextremismus schon seit längerem integriert ist (vgl. Sigl in diesem Band), wurde Antifeminismus erstmalig 2020 in der Leipziger Autoritarismus-Studie als eigenständiges Element in einer sozialpsychologischen Untersuchung zu rechtsextremen Einstellungsmustern erfasst (Höcker/Pickel/Decker 2020). Dabei konstatieren die Autoren, dass

> [d]er Schwerpunkt der bisherigen Antifeminismusforschung (...) auf der Akteursebene [liegt], sie fokussiert sich also bisher auf antifeministisch Handelnde und deren organisierte Strukturen, nicht aber auf antifeministische Einstellungen und Ressentiments. (ebd.: 250)

Für die von ihnen vorgenommene Untersuchung der antifeministischen Einstellungen und Ressentiments haben sie sich empirisch dem gesellschaftlichen Milieu der Mitte zugewandt. Ihre Ergebnisse zeigen anhand hoher Zustimmungswerte die gesellschaftliche Verbreitung antifeministischer Einstellungsmuster auf: Über ein Drittel der deutschen Bevölkerung stimmte mindestens einer antifeministischen Aussage zu (ebd.: 262)[2]. Anhand einer zweigeschlechtlichen

---

[1] Prozess Report Halle (2020): 21.07.2020 Redebeitrag der Nebenklägerin Naomi Henkel-Gümbel. [Link: https://www.halle-prozess-report.de/2020/07/25/21-07-2020-redebeitrag-der-nebenklaegerin-naomi-henkel-guembel/, 14.12.2020).

[2] Beispielsweise wurden Zustimmungen zu folgenden antifeministischen Aussagen abgefragt: „Frauen übertreiben ihre Schilderungen über sexualisierte Gewalt häufig, um Vorteile aus der Situation zu schlagen." oder „Durch den Feminismus werden die gesellschaftliche Harmonie und Ordnung gestört." (Höcker/Pickel/Decker 2020: 258).

Differenzierung zeigt sich dabei ein signifikanter Unterschied: Während der Wert bei Männern bei knapp 50% liegt (47,3%), sind es bei Frauen mit einer Zustimmung von 28,7% knapp 20% weniger (ebd.). Dies knüpft an Befunde der bisherigen Einstellungsforschung zu Rechtsextremismus an. Die Zustimmungswerte lassen insgesamt keine (zwei)geschlechtsspezifischen Unterschiede erkennen – einzig bei der Zustimmung zu Sexismus und der Gewaltakzeptanz weisen die Werte der weiblichen Befragten signifikant von denen der männlichen Befragten ab (vgl. Bitzan 2016).

Als Scharnier vereint Antifeminismus verschiedene gesellschaftliche Milieus wie politische Organisierungen (vgl. Lang/Peters 2018) und stellt mithin einen Bereich mit „vielfältigen ideologischen und emotionalen Bedeutungen, Schauplätze[n] und Handelnden" dar (Höcker/Pickel/Decker 2020: 256). Höcker, Pickel und Decker „betrachten Antifeminismus daher als Komplex mit teilweise sich ergänzenden und teilweise widersprüchlichen psychodynamischen und sozialen Aspekten" (ebd.). Auch das Autor*innenkollektiv FE.IN (2019) hebt die ideologische Begriffsbedeutung hervor und begreift

> Antifeminismus als Ideologie und ein zutiefst politisches Ressentiment, das tiefe historische Wurzeln hat und fest mit der Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen verknüpft ist. (FE.IN 2019: 22)

Antifeministische Anfeindungen, Infragestellungen und Angriffe zielen auch auf die Hochschullandschaft und dabei insbesondere auf die Geschlechter- und Diversitätsforschung sowie die institutionalisierte Gleichstellungsarbeit ab. Die Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (bukof) sieht dies als Folge des „Erstarkens rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen" und konstatiert

> neben rassistischen und antisemitischen Anfeindungen zunehmend auch (...) antifeministische (...) Vorfälle und Angriffe auf Gleichstellungsakteur*innen und Forscher*innen an Hochschulen (bukof 2019).[3]

Diese gehen laut Positionspapier der bukof sowohl auf die parteiungebundene organisierte Rechte wie auch konkret auf AfD-Mitglieder und -Verbände zurück (ebd.). Die Angriffe fokussieren sowohl die Struktur gleichstellungspolitischer Arbeit sowie entsprechender Maßnahmen zur geschlechtergerechten Personalentwicklung und Antidiskriminierung wie auch auf direkte und persönliche Angriffe auf Gleichstellungsakteur*innen wie Geschlechterforscher*innen. Als politisches Mittel der AfD sind es häufig Kleine Anfragen, mit denen auf Länderebene die Geschlechterforschung und die Gleichstellungsarbeit angegriffen werden und zugleich skandalisierend das Narrativ der Steuergeldverschwendung bedient wird (vgl. ebd.).

Antifeminismus wird jedoch nicht nur von außen in die Hochschulen getragen. Zustimmungen zu antifeministischen Positionen und Zugehörigkeiten zu antifeministischen Zusammenschlüssen finden sich auch innerhalb der Universitätslandschaft. In einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegebenen Befragung mit dem Titel ‚Forschungsfreiheit an deutschen Universitäten' (Petersen 2020) äußerten sich 72% der über 1000 befragten Hochschullehrer*innen[4] zustimmend zu der Aussage, dass es an der Hochschule

---

[3] Katrin van Riesen, zentrale Gleichstellungsbeauftragte der Leuphana Universität, hat in ihrem Beitrag zu unserer Vorlesungsreihe diese Thematik vertieft. Eindrücklich hat sie aufgezeigt, wie sich die Arbeitskultur seit dem Einzug der AfD in die Landesparlamente sowie den Bundestag verändert hat und wie die AfD mit ihrem Agieren darum bestrebt ist, die Legitimität von gleichstellungspolitischer Arbeit und Geschlechterforschung anzugreifen. Bis Ende 2019 wurden dazu über 40 Kleine Anfragen an Bundes- und Landesregierungen allein zu dem Themenfeld Gender Mainstreaming und Gleichstellungsarbeit an Hochschulen sowie zur Geschlechterforschung gestellt (vgl. auch https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf, 06.01.21).

[4] Auch wenn in der Studie nur von Hochschullehrern gesprochen wird, ist davon auszugehen, dass dies mit der Verwendung des generischen Maskulinums zu begründen ist und nicht mit einer Stichprobe rein aus männlichen Hochschullehrern.

„erlaubt“ sein solle, „sich der gendergerechten Sprache (zu) verweigern“ (ebd.). Der Aussage, es solle erlaubt sein, „Rassenforschung“ zu betreiben, stimmten 22% der Befragten zu. Ohne kontextualisierende Einordnung muss hier davon ausgegangen werden, dass schon die Formulierung in der Erhebung auf eine zugrundeliegende rassistische Annahme verweist. 20% der Befragten stimmten der Forderung zu, es solle erlaubt sein, den Staat Israel abzulehnen (vgl. ebd.).

Eingebettet in eine Perspektive, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine ‚Political Correctness‘ gefährdet sieht, erlangt dieses Stimmungsbild aus der Hochschule heraus größere Relevanz. Im Herbst 2020 ging der „Appell für freie Debattenräume“ [5] online, der wiederum aus der Debatte um eine sogenannte Cancel Culture, die Künstler*innen aufgrund ihrer missliebigen Positionen Darstellungsräume und -orte versagen würde, hervorgegangen ist. Darüber hinaus werden aber auch „pauschal verbotene Demonstrationen“ und „Seminare und Vorlesungen, die nicht stattfinden können, weil sie gestört werden“ (Appell für freie Debattenräume) als Beispiele genannt, an denen sich erkennen ließe, dass „die Gesinnung“ über „rationale Urteilsfähigkeit“ siegen würde. Der Ursprung dessen wird innerhalb der Hochschule verortet: „Was an Universitäten und Bildungsstätten begann, ist in Kunst und Kultur, bei Kabarettisten und Leitartiklern angekommen“ (ebd.). Nicht weniger als die „demokratischen Prozesse selbst“ sehen die Initiatoren und Erstunterzeichner*innen bedroht. Unter ihnen befinden sich mit 45 Personen knapp ein Viertel Hochschulangehöriger, überwiegend Professor*innen.

Der ‚Appell für freie Debattenräume‘ formuliert weder explizit antifeministische Positionen noch andere gruppenbezogene menschenfeindliche Aussagen. Im Gegenteil: er positioniert sich explizit nicht und beruft sich stattdessen darauf, mit dem Appell die Demokratie gegen ihre Angriffe zu verteidigen (vgl. ebd.).

In der Auseinandersetzung mit dem ‚Appell für freie Debattenräume’ stellen Autor*innen der Süddeutschen Zeitung fest, dieser

[5] Vgl. https://idw-europe.org

Aufruf verzerre eine lebendige Öffentlichkeit, „die sich gegen illiberale, antisemitische oder auch nur irreführende Positionen verwahrt, als Krisensymptom“ und „verlangt Toleranz auch für die Intoleranten“ (vgl. Bovermann/Stephan 2020).

Hochschule ist demzufolge nicht nur ein Ort, ihre Forschenden nicht nur Personen, die sich antifeministischen Angriffen ausgesetzt sehen und von ihnen bedroht werden. Hochschule ist auch ein Ort, der antifeministische Diskurse hervorbringt oder ihnen inhaltliche Bezugsrahmen bietet.

Mit diesem Sammelband möchten wir zu der Reihe an Veröffentlichungen beitragen, die sich kritisch mit den zunehmenden antifeministischen Angriffen rechtsideologischer Gruppierungen auf die Geschlechter- und Diversitätsforschung sowie die Gleichstellungsarbeit auseinandersetzen. Dabei nehmen wir Antifeminismus interdisziplinär in den Blick.

Die einzelnen Beiträge sind aus der Vortragsreihe ‚10 Minuten – die den Unterschied machen‘ hervorgegangen, bei der Mitglieder des Netzwerkes Geschlechter- und Diversitätsforschung der Leuphana Universität Lüneburg im Rahmen einer Mittagsvorlesung kurze, zehnminütige Einblicke in ihre Forschungskontexte geben, um diese einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen[6]. Das im Sommer 2016 gegründete Netzwerk Geschlechter- und Diversitätsforschung ist ein fachliches, inter- und transdisziplinäres sowie wissenschafts- und hochschulpolitisches Netzwerk von Wissenschaftler*innen aus allen Fakultäten der Leuphana Universität Lüneburg mit dem Ziel, gender- und diversitybezogene Themen und Fragestellungen sichtbar zu machen und zu stärken.

Der Titel der in jedem Semester wiederkehrenden Kurzvortragsreihe ‚10 Minuten – die den Unterschied machen‘ weist darauf hin, dass es sich um disziplinenübergreifende, querliegende und nicht alltägliche Impulse handelt. Das kompakte Format soll als Anregung

[6] Hintergründiges zum Netzwerk Geschlechter- und Diversitätsforschung sowie seinen Mitgliedern unter *www.leuphana.de/gud*

zum Weiterdenken dienen, sich mit diesen unterschiedlichen Impulsen auseinanderzusetzen. Unter dem Titel ‚Antifeminismus? Antigenderismus? Anti – was …?' fand im Wintersemester 2019/20 erstmals eine thematische Fokussierung statt: Die aktuellen Angriffe auf die Geschlechter- und Diversitätsforschung sowie die Gleichstellungsarbeit haben die Herausgeber*innen dazu veranlasst, die Veranstaltungsreihe auf Angriffe und Eingriffe von rechts zu fokussieren. Die in diesem Sammelband veröffentlichten Beiträge haben ihren Ursprung in einem Vortrag im Rahmen der 10-Minuten-Reihe und stellen deren Verschriftlichung und Vertiefung dar.[7]

Die entstandenen Beiträge thematisieren Antifeminismus aus ihren jeweiligen disziplinären Perspektiven und vielfältigen Sichtweisen: Sie kommen aus der Sozialpädagogik, den Kulturwissenschaften, der Sozialpsychologie, der Philosophie, den Umweltwissenschaften, der Soziologie, der Sozialen Ökologie sowie den Politik- und Erziehungswissenschaften. In multidisziplinärer Perspektive nähern sich die Beiträge dem Themenfeld über zwei thematische Schwerpunkte:

**Teil A) Angriffe: rechte Anfeindungen gegen die Geschlechter- und Diversitätsforschung und die Gleichstellungsarbeit.**

Die Beiträge zu diesem Schwerpunkt beschäftigen sich mit aktuellen Debatten um Antifeminismus, Rechtsextremismus und Antigenderismus und legen einen besonderen Fokus auf diskursive Begriffsannäherungen. Dabei zeigen sie auf, in welcher Form sich Angriffe und Anfeindungen gegen Geschlechter- und Diversitätsforschung und Gleichstellungsarbeit äußern. Johanna Sigl nähert sich unter dem Titel ‚Zugriffe und Angriffe auf Feminismus durch die

[7] Nicht alle der mündlichen Beiträge in der Vortragsreihe haben Eingang in den Sammelband gefunden. Eine Gesamtübersicht ist im Anhang dargestellt. Wir danken (in Reihenfolge der Beiträge) Hannes Leuschner, Carolin Schuster, Kathrin van Riesen, Lina Bartsch und Hannah-Deborah Gramentz für ihre anregenden Kurzvorträge. Hannes Leuschner möchten wir an dieser Stelle im Besonderen danken, da er die Konzeptionierung der Vorlesungsreihe und auch die Redaktion der Beiträge über einen langen Zeitraum begleitet hat.

extreme Rechte. Zum Verhältnis von Antifeminismus und Rechtsextremismus‘ der Frage, inwiefern Bezüge zwischen rechtsextremen und antifeministischen Ideologie- und Argumentationsfiguren hergestellt werden können. In ihrem Beitrag ‚Vorwürfe gegen geschlechtergerechte Sprache als „Sprachpolizei“ oder „political correctness“‘ analysieren Caja Fischer und Steffi Hobuß, in welcher Form sich antifeministische Angriffe auf gendersensible Sprache äußern, um anschließend zu begründen, warum nicht jede*r alles sagen darf. Der anschließende Beitrag ‚“Gender mich nicht!“ – über das falsche Spiel von rechts außen‘ von Andreas Eylert-Schwarz und Mariza Leuchtmann nimmt den Flyer der Jungen Freiheit ‚Gender mich nicht!‘ als ein Beispiel für Antigenderismus von rechts in den Blick, um die Vereinnahmung von fachspezifischen Begrifflichkeiten der Gender Studies durch rechtspopulistische Propaganda aufzuzeigen.

**Teil B) Eingriffe: Thematische Bezüge in Natur und Kultur**

Die Beiträge in diesem Schwerpunktbereich verdeutlichen, wie antifeministisches Gedankengut sowie Vereinnahmungen von rechts in beispielhafte Handlungsfelder in Natur und Kultur eindringen. Katharina Kapitza geht in ihrem Beitrag ‚Projektionsfläche Neobiota: Antifeministische Denkfiguren in der Konstruktion ‚fremder‘ Natur/en‘ der Frage nach, inwiefern – neben der Abwertung des ‚Fremden‘ als strukturelle Parallele zu rassistischen Argumenten – auch antifeministische Argumentationsfiguren in ökologischen Konzepten und naturschutzfachlichen Debatten vorgefunden werden können. Unter dem Titel ‚Antifeminismus als Bestandteil der Einflussnahme von rechten Akteur*innen im Umwelt- und Naturschutzbereich‘ diskutieren Daniela Gottschlich und Christine Katz die Ergebnisse einer Online-Befragung von Umweltverbänden. Sie arbeiten heraus, wie rechte Vereinnahmung von ökologischen Themenfeldern mit antifeministischen Positionen einhergehen und sich insbesondere in strukturschwachen, ländlichen Räumen verbreiten. Die ‚Eingriffe in Kultur‘ werden zum einen im Beitrag ‚Die ‚gute

Mutter‘ zwischen neoliberaler Selbstoptimierung und Retraditionalisierung von rechts‘ von Ann-Kathrin Mader beispielhaft analysiert. Hierin stellt sie anhand der „doppelten Vergesellschaftung“ dar, inwiefern das Spannungsverhältnis für Frauen zwischen Karriere und traditioneller Mutterrolle von Seiten rechter Ideologien aufgeladen ist und genutzt wird. Julia Böcker setzt sich abschließend in ihrem Beitrag ‚Mutter, Vater, Sternenkind. Die Änderung des Personenstandsrechts für Fehlgeborene und ihre unvorhergesehenen Folgen‘ mit dem Verhältnis von Schwangerschaftsverlust und Antifeminismus auseinander und zeigt auf, wie die Gesetzesänderung des Personenstandsrechts zur Stärkung eines traditionellen Familienbildes und Geschlechterrollenverständnisses im Sinne antifeministischer Argumentationen beitragen kann.

# Zugriffe und Angriffe auf Feminismus durch die extreme Rechte. Zum Verhältnis von Antifeminismus und Rechtsextremismus

Johanna Sigl

In meinem Beitrag möchte ich der Frage nachgehen, in welchem Verhältnis Antifeminismus und Rechtsextremismus stehen. Anhand ausgewählter Beispiele rechtsextremen Terrors und bei expliziter Nennung entsprechenden Inhaltes zeige ich auf, welche Bezüge zwischen rechtsextremen und antifeministischen Ideologie- und Argumentationsfiguren sowie Organisationen und Handlungsweisen hergestellt werden können. Analysiert wird die Bezugnahme auf antifeministische Inhalte durch die extreme Rechte. Hinführen möchte ich damit zu dem Argument, dass Antifeminismus einen grundlegenden Bestandteil rechtsextremer Agitationen bildet, der einer weiteren analytischen Betrachtung bedarf.

## 1. Zur begrifflichen Einordnung von Rechtsextremismus[1] und Antifeminismus

Bei der Darlegung der verschiedenen Verständnisse und Definitionen von Rechtsextremismus muss die jeweilige Standortgebundenheit mitberücksichtigt werden, aus der heraus andere thematische Aspekte und auch Sichtweisen in den Vordergrund treten oder verdeckt werden. Rechtsextremismus kann als ein Containerbegriff gel-

[1] Ich beziehe mich hierbei auf den sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusbegriff, bei gleichzeitiger Ablehnung der behördlichen, extremismustheoretischen Begriffsverwendung (vgl. Rhein/Uhlig 2019).

ten unter dem, je nach Perspektive, unterschiedliche Begriffsverständnisse subsumiert werden können. Innerhalb der Sozialwissenschaft haben Decker und Brähler eine viel beachtete Begriffsdefinition vorgelegt:

> [...] ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen. (Decker/Brähler 2006: 21)[2]

Diese Definition wird erweitert, wenn neben dem Aspekt der Einstellungen ebenso die Aspekte der Verhaltensweisen und Aktionsformen in die Rechtsextremismusdefinition miteinbezogen werden (vgl. Jaschke 2001: 30). Die der Ideologie inhärente Gewaltakzeptanz drückt sich dabei auch auf der Verhaltensebene aus, die, neben der Einstellungsdimension die zweite wichtige Bezugsgröße für das Begriffsverständnis bildet. Die Forschung fokussiert in ihrer Ausrichtung überwiegend auf die Einstellungsdimension (vgl. Birsl 2011: 241). Als soziale Praxis ist die Verhaltensebene von Klärner und Kohlstruck in den Vordergrund gerückt worden. Die Autoren verweisen bei der Definition von Rechtsextremismus auch auf ihre Diskursabhängigkeit:

> Diese Befunde zur Begriffsgeschichte sprechen zunächst dafür, Rechtsextremismus auf zwei Ebenen zu beobachten, nämlich einmal als diskursive Konstruktion und zum anderen als soziale bzw. politische Praxis. Rechtsextremismus kann – ebenso wenig wie „Gewalt" – naiv objektivistisch als

[2] ‚Fremdenfeindlichkeit' als normative Begriffsdefinition indes bedarf einer kritischen Betrachtung. Die Konstruktion dessen, was als *fremd* benannt wird, verweist auf eine Sprecher*innenposition, die sich selbst als *nicht benennenswert* klassifiziert und damit im Sinne des Otherings weiterhin versucht, ein homogenisierendes Gesellschaftsbild zu kreieren. Rassismus statt Fremdenfeindlichkeit ist eine geeignetere Benennung des gemeinten Verhältnisses.

> gleichsam feststehender Gegenstand verstanden werden. Was als Rechtsextremismus gilt, unterliegt gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskursen und Kräfteverhältnissen. (Klärner/Kohlstruck 2006: 14)

Von einer Ideologie der Ungleichwertigkeit sprechen die Wissenschaftler*innen um den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer bei dem Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (kurz GMF) und erweitern damit eine enge Rechtsextremismusdefinitionen (vgl. Zick/Berghan/Mokros 2019).

Unter den dreizehn Einstellungselementen von GMF finden sich drei, die einen Bezug zu Antifeminismus aufweisen: Sexismus, Abwertung homosexueller Menschen sowie Abwertung von Trans*Menschen können als „Heterosexismus" (Zick/Küpper/Berghan 2019: 61) verstanden werden:

> Theoretisch wie empirisch hängen die Abwertung von Frauen, Homosexuellen und Trans*Menschen überzufällig zusammen und drücken die Abwehr von Gruppen aus, die traditionellen Geschlechterbildern und heterosexuellen Normen nicht entsprechen. (ebd.)

Über diese explizite Nennung antifeministischer Ideologiefragmente innerhalb der Definition des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hinaus lässt sich nicht feststellen, dass antifeministische Bezüge in Definitionen von Rechtsextremismus hergestellt werden.

## Zur Definition von Antifeminismus

Antifeminismus existiert, seit es Feminismus gibt. Im 19. Jahrhundert entwickelten sich weltweit Frauenbewegungen. Seit den 1880er Jahren begannen die Frauenrechtlerinnen sich als ‚Feministinnen' zu bezeichnen. Der Begriff ‚Antifeministen' wurde einer größeren Öffentlichkeit 1902 mit einer Aufsatzsammlung der Frauenrechtlerin Hedwig Dohm bekannt, die diese unter dem Titel ‚Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung' veröffentlicht hatte (Dohm

2014/1902). So schrieb Hedwig Dohm also schon vor über einhundert Jahren davon, dass antifeministische Angriffe immer dann stärker werden, wenn Errungenschaften der Frauenbewegung greifbar werden: „Je dringender die Gefahr der Fraueninvasion in das Reich der Männer sich gestaltet, je geharnischter treten ihr die Bedrohten entgegen“ (Dohm 1902: 3).

Mit dem Begriff des Antifeminismus sollen Einstellungen und Verhaltensweisen bezeichnet werden, die sich gegen die Frauenbewegung respektive den Feminismus und dessen Errungenschaften richten. Nach Juliane Lang und Ulrich Peters sind unter Antifeminismus

> heterogene [...] Akteursgruppen [zu verstehen] die sich - in organisierter Form - in expliziter Gegnerschaft zu einem von ihnen als omnipotent beschriebenen Feminismus positionieren und/oder sich in Diskussionen um familien-, geschlechter- und sexualitätsbezogene Themen heteronormativ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familialer Lebensformen und eine damit einhergehende Anerkennung derselben in ihrer Vielfalt stellen. (Lang/Peters 2018: 15)

Als daran anschließende „aktuelle Variante“ (Schmincke 2018: 29) kann der Antigenderismus verstanden werden, wenngleich von Seiten einer kritischen Begriffsanalyse angemerkt wird, dass der Begriff eine „von antifeministischen Akteuren selbst hervorgebrachte Eigenbezeichnung, also ein Kampf- und Feldbegriff“ (Fritzsche/Lang 2018: 341) sei. Die sich unter dem Label des Antigenderismus‘ verbergenden Agitationen richten sich insbesondere gegen die Errungenschaften des Gender Mainstreamings, welches eng mit der Frauenbewegung und ihrem Kampf um Gleichstellung verknüpft ist. Eine vermeintliche Gender-Ideologie gilt dabei als zentraler Kampfbegriff durch den alles, was mit Gender zu tun hat, diskreditiert werden soll (vgl. Schmincke 2018: 32): „Der neue Antifeminismus geht nicht mehr von einer generellen Minderwertigkeit

von Frauen aus, aber er bekämpft vehement die Kritik und Infragestellung von Zweigeschlechtlichkeit“ (ebd.: 33).

Antifeminismus muss demzufolge ebenso wie Rechtsextremismus sowohl in seiner Genese, als auch in seinen unterschiedlichen Facetten gedacht werden. Der Antifeminismus wendet sich als politische Akteursgruppe ebenso wie in seiner ideologischen Formierung gegen feministische Erfolge und agitiert für die Aufrechterhaltung heteronormativer Herrschaftsverhältnisse (vgl. Fritzsche/Lang 2018: 340):

> Als analytischer Strukturbegriff gedacht, verweist dieser [Begriff von Antifeminismus, J.S.] auf einen Begriff von Feminismus als logischen Bezugspunkt, der nicht identisch ist mit denen im Feld verwendeten politischen Begriffen und Eigenbezeichnungen, sondern sich über normative Kriterien definiert. Dementsprechend ist weder die pejorative Fremdbezeichnung noch die eigene Verortung als ›Antifeminist‹ oder ›Antifeministin‹ in der politischen Debatte ausschlaggebend für die analytische Beschreibung – sondern eine den Grundgedanken eines analytischen Feminismusbegriffs entgegenstehende Verortung im gesellschaftlichen und politischen Diskurs. (ebd.: 339)

An dieser kurzen begrifflichen Annäherung zeigt sich, dass Rechtsextremismus und Antifeminismus in definitorischer Perspektive als zwei voneinander unabhängige Begriffe funktionieren. Gleichwohl deuten sich Bezugnahmen und Überschneidungen da an, wo Sexismus und Homo- und Transfeindschaft Eingang in die Begriffsdefinition gefunden haben. Und auch da, wo Antifeminismus als herrschaftsstabilisierender Zusammenschluss und Ideologie begriffen wird, bietet sich eine Sicht auf mögliche Gemeinsamkeiten an.

## 2. Antifeministische Ideologiefragmente in rechtsterroristischen Taten und rechtsextremen Agitationen

> *Hello, my name is anon, and I think the holocaust never happened. Feminism is the cause of declining birth rates in the West, which acts as a scapegoat for mass immigration, and the root of all these problems is the Jew*[3]

Am 9. Oktober 2019, an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versuchte ein schwer bewaffneter Attentäter in Halle (Saale) in die Synagoge einzudringen, um möglichst viele der anwesenden Jüd*innen zu töten. Durch eine Helmkamera übertrug er seine Tat per Livestream ins Internet, das obige Zitat entstammt dem Transkript des Livestreams.

Aufgehalten worden ist er in dem Moment nicht von der Polizei, sondern von der massiven Tür der alten Synagoge. Jana L., eine Passantin, die ihn vor der Synagoge ansprach, erschoss er genauso kaltblütig, wie Kevin S., der sich in einem Dönerimbiss aufhielt, der von dem Täter anschließend gezielt aufgesucht wurde. Zwei weitere Menschen wurden auf seiner Flucht durch Waffengewalt von ihm verletzt. Erst als er einen Autounfall verursachte, konnte die Polizei ihn stoppen.

Dass der Täter aus antisemitischen Motiven tötete und sich einreiht in die, wenn auch von staatlicher und politischer Seite immer wieder kleingeredete, lange und zugleich wenig beachtete deutsche Geschichte des Rechtsterrorismus (vgl. Manthe 2020: 63), kann und will niemand bestreiten. Ein tiefsitzender Antikommunismus war das leitende Motiv der rechtsterroristischen Taten in den 1960ern, die Taten in den folgenden Jahrzehnten waren überwiegend von Antisemitismus und einer damit einhergehenden Verherrlichung des Nationalsozialismus motiviert (vgl. Manthe 2020; Virchow 2019). Der ‚Nationalsozialistische Untergrund', der in den 2000er Jahren

[3] Transkript des Videostreams durch Veronika Kracher (2019). Zitate von rechtsextremen Quellen sind kursiv gesetzt.

nachweislich neun Menschen aus rassistischen Motiven tötete, eine Polizistin erschoss und darüber hinaus mehrere Menschen bei Anschlägen und Überfällen zum Teil schwer verletzte, war von einem grundständigen Rassismus geleitet und angetrieben (vgl. Aust/Laabs 2014). Der Attentäter von Halle indes reiht sich ein in eine Reihe von Attentätern, die in ihrer Tatausführung auf den ersten Blick alleine handeln und sich teilweise stärker innerhalb digitaler denn analoger Lebenswelten radikalisiert haben.[4] Zu denken ist hierbei an den rechtsextremen Terroranschlag in Norwegen im Jahr 2011, der 77 meist jungen Menschen das Leben genommen hat. In dem Manifest, das durch den Täter veröffentlicht wurde, unterstreicht er seinen Frauenhass und plausibilisiert seine Tat damit in einer vernichtenden Logik. Oder auch an das OEZ-Attentat in München im Jahr 2016, welches nicht nur durch das gleiche Ausführungsdatum Parallelen mit dem Attentat in Norwegen aufweist und das bis heute in der öffentlichen Wahrnehmung nicht durchgehend als rechtsextremer Anschlag erinnert wird. Im Jahr 2019 tötete ein Rechtsterrorist in Christchurch bei einem Attentat auf zwei Moscheen 51 Menschen. Neben dem tatbestimmenden Hass auf den Islam und Muslim*innen werden bei mehreren der rechtsterroristischen Attentäter antifeministische Diskursfragmente sichtbar.

So referiert das, was der Attentäter von Halle in dem Zitat neben der unverhohlenen Leugnung der Shoah formuliert *(„Feminism is the cause of declining birth rates in the West, which acts as a scapegoat for mass immigration“),* auf die extrem rechte Erzählung des ‚Großen Austauschs‘, wie sie von Renaud Camus, einem französischen Rechtsextremen, geprägt wurde (vgl. Camus 2016) und sich in verschiedensten extrem rechten Kontexten multipliziert hat. Als ideologische Konstruktion beruht der ‚Große Austausch‘ auf der Annahme, dass die westliche *weiße* Bevölkerung durch eine massenhafte und unkontrollierbare Migration muslimisch gelesener Menschen in Auflösung begriffen sei. In dieser Diskursfigur finden

[4] Diese Anmerkung schließt nicht ein, auch die Tatausführung zu virtualisieren, wie es zuweilen durch die Analyse der Attentate als Gamification des Terrors geschieht (kritisch dazu Puls 2020).

weit verbreitete rassistische Metaphern wie beispielweise die des ‚Flüchtlingsstroms' einen beachtlichen Resonanzraum. Innerhalb der „Verschwörungsideologie des Bevölkerungsaustauschs" (Séville 2019: 36) gelten „Gebärunwillige sowie allgemein emanzipierte Frauen und Feministinnen [...] als Totengräberinnen westlicher Zivilisation" (ebd.: 35). Für diesen, dem rassistischen Konstrukt folgenden ‚Genozid an den *Weißen*' wird dem Feminismus und seinen Träger*innen die ursächliche Schuld zugeschrieben. Denn der Feminismus wird, wie es auch der Attentäter von Halle formuliert, dafür verantwortlich gemacht, dass *weiße* westliche Frauen immer weniger Kinder bekämen. Eine antisemitische Verknüpfung erfolgt in dem Zitat dadurch, dass eine ‚jüdische Weltverschwörung' den dazugehörigen feministischen Überbau bilden würde.

Die sich hier vereinenden Themen belaufen sich neben und in Verbindung mit dem oben genannten Narrativ des ‚Großen Austauschs' auf Sexualität, Familie und Ehe, Reproduktive Rechte, Elternrechte vs. Verantwortung des Staates, Geschlechterrollen und Geschlechtlichkeit, sowie die Darstellung des Feminismus als Machtmittel der Eliten und von Gender-Mainstreaming als ‚Sprache einer lauten Minderheit'. Gender wird als ein Bedrohungsszenario (vgl. Roßhart 2007) imaginiert, das der angestrebten Naturalisierung von Geschlecht und von Familie diametral entgegenstünde.
Anhand der diskursiven Verknüpfung von Antifeminismus mit Migrationsfragen (vgl. Dietze 2017) lässt sich eine weitere zentrale Verbindung ziehen. So setzte Alice Weidel, die gegenwärtige Co-Vorsitzende der AfD, im Sommer 2017, am Tag der Abstimmung im Bundestag über die Ehe für alle folgendes Statement über ihre social media-Kanäle ab:

> Ehe für alle, während das Land islamisiert wird? Als ob es das derzeit drängendste Problem Deutschlands wäre, peitscht die GroKo nun die ‚Ehe für alle' durch, während die Massenmigration der vergangenen zwei Jahre gerade die ins Land spülte, für die Homosexualität ein Verbrechen darstellt. (Weidel 2017)

Die rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften wird hier als ein von der Politik zu vernachlässigender Tatbestand konstruiert und im Subtext als Privatsache eingeordnet. Die Instrumentalisierung des Themas erfolgt allerdings direkt postwendend, indem nicht nur die Migrationsbewegungen als solche und der damit von rechter Seite imaginierte ‚Große Austausch` als Bedrohungsszenario geschildert werden, sondern dieser zugleich als besondere Bedrohung für homosexuelle Menschen dargelegt wird. Eine besondere Schwere dieser Anklage erreicht Alice Weidel durch ihr eigenes Leben in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft, die sie in ihrer Positionierung instrumentalisiert.

Anknüpfend daran stehen die Morde an Frauen durch Täter nicht-deutscher Herkunft im Fokus rechtsextremer Agitationen. Hier lässt sich eine Ethnisierung von Gewalt und Sexismus beobachten die dazu dient, die eigenen rassistischen Narrative zu stärken und gleichzeitig von der geschlechtsspezifischen Gewalt, die von herkunftsdeutschen Männern ausgeübt wird, abzulenken. Die Demonstrationen in Form des ‚Frauenmarsches', die nach dem Mord an einer jungen Frau in Kandel (Rheinland-Pfalz) federführend von AFD-Politiker*innen organisiert wurden (AK FE.IN 2019), benennen bereits in ihren Demonstrationsaufrufen und in den Redebeiträgen vor Ort den Feminismus als ursächlich für die so wahrgenommene „*Masseneinwanderung muslimischer Männer*", und damit als verantwortlich an den instrumentalisierten Morden. Die Teilnehmenden setzten sich aus AFD- Politiker*innen und dem dazugehörigen Spektrum der ‚Besorgten Bürger' zusammen. Ein häufiger Redner bei den Demonstrationen in Kandel ist Imad Karim. Der bekannte Journalist ist als Deutscher mit libanesischer Migrationsgeschichte in rechten Kreisen ein gern gesehener Islamkritiker, der mit

dem schwer greifbaren Kriterium der Authentizität punkten kann. In seiner Rede am 28. Januar 2018 greift er die Argumentation auf, der zufolge die feministischen Frauen selbst schuld an den Morden wären. Dabei bezieht er sich direkt auf die junge Frau, die in Kandel ermordet wurde:

> *Wenn wir ehrlich sind, wenn M. [Abkürzung J.S.], wenn dieses furchtbare Verbrechen nicht M. getroffen hätte, sondern ein anderes Mädchen, dann wäre M. heute drüben (zeigt in die Richtung der anwesenden Gegendemonstrant*innen) gewesen. Aber wenn M. aus dem Reich der Toten kommen würde, dann würde sie heute hier stehen. [Applaus und hörbare Zustimmung der Kundgebungsteilnehmenden] (Video Imad Karim 2018)*

Der zynische Kern dieser Aussage ist, dass Mädchen und Frauen, die sich wie die Ermordete für eine offene Gesellschaft einsetzen, erst im Tod erkennen würden, dass ihre politische Positionierung und ihr Engagement falsch waren. Diese misogyne Schlussfolgerung wird nicht nur von Karim vertreten, sondern sie ist ein innerhalb der (neu-)rechten Zusammenhänge häufig anzutreffendes Argumentationsmuster (vgl. Sigl 2018).

Auch in einem Mobilisierungsvideo der Identitären Bewegung zu ihrer Kampagne ‚120 Dezibel' formulieren es die Aktivistinnen direkt: *„Ihr habt uns geopfert. Ihr predigt Feminismus und Frauenrechte, dabei seid ihr die wahren Frauenfeinde"* so sprechen sie in die Kamera (Video ‚Frauen wehrt euch!'). Gesellschaftliche Bedrohungen werden damit nach außen projiziert: „auf den ‚Anderen' als Täter und auf ‚den Feminismus' als zentrales Gesellschaftsproblem" (AK FE.IN 2019: 185). An all diesen Beispielen zeigt sich nicht nur eine organisationale Überschneidung unterschiedlichster rechter Akteur*innen, sondern vor allem die inhaltliche Bezugnahme auf antifeministische Ideologiefragmente in rechtsextremer Agitation. Die ideologisch schon immer grundlegende Verbindung von Antifeminismus und Rechtsextremismus wird durch die dezidiert rechtsextremen Akteur*innen verschärft.

## 3. Fazit

Antifeminismus muss als beständiges Ideologiefragment eines rechtsextremen Weltbildes eingeordnet werden. Er trägt sich auf organisationaler Ebene autonom und kann eigenständig funktionieren. Dies zeigt sich beispielsweise in evangelikalen Kontexten, in denen es zuweilen nicht schwerfällt, Bezüge und Verbindungen in rechtsextreme Kreise zu ziehen (vgl. dazu Achtelik/Jentsch/Sanders 2018 über die Lebensschutzbewegung).

Die anhand des Artikels aufgezeigten ideologischen, diskursiven und handlungspraktischen Verknüpfungen können verdeutlichen, dass sich Rechtsextremismus in sehr vielen seiner Erscheinungsformen zugleich antifeministisch darbietet und entscheidende Verbindungen übersehen werden, wenn dieser Aspekt in die Analyse nicht mit einbezogen wird.

Die extreme Rechte konstruiert nicht nur homogene ethnische und religiöse Gruppenidentitäten (vgl. Séville 2019: 36), sondern darüber hinaus auch eine homogene vergeschlechtlichte Gruppenidentität. Diese beruft sich auf die heteronormative Zweigeschlechtlichkeit, die den dort ausschließlich existierenden Männern und Frauen unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen sowie Identitäten zuweist. Die langwährende rechtsextreme Perspektive auf das Geschlechterverhältnis, nach der „Männer und Frauen gleichwertig, aber nicht gleichartig“ (Bitzan 2016: 343) seien, wird damit aktualisiert und hat in keiner Weise an Bedeutung verloren. Geschlechtsidentitäten und -entwürfe, die sich außerhalb dieser Konstruktion verorten, werden als für die deutsche Volksgemeinschaft unnütz bis schädlich gebrandmarkt. Hier wird Antifeminismus mit Rechtsextremismus zu einer gemeinsamen Abwehr progressiver gesellschaftlicher Veränderungen.

# ‚Gender mich nicht!‘ - über das falsche Spiel von rechts außen

Andreas Eylert-Schwarz und Mariza Leuchtmann

## Einleitung

> ‘Sexuelle Vielfalt‘ im Lehrplan will nicht aufklären, sondern gezielt an Sexualität heranführen. Schon für Kindergartenkinder gibt es Gender-Mainstreaming-Konzepte, damit die Kleinsten bereits ihr Geschlecht hinterfragen und verschiedene Sexualitäten kennenlernen. So werden schwere Persönlichkeitsstörungen vorprogrammiert. (Junge Freiheit 2015)

Dies ist einer von diversen polarisierenden Sätzen, wie sie im Flyer „Gender mich nicht!“ zu finden sind. Er soll im Folgenden als ein Beispiel für Anti-Genderismus[1] von rechts genauer beleuchtet werden.

Der von der Jungen Freiheit im April 2015 in der zweiten Auflage veröffentlichte Flyer umfasst acht Seiten. Inzwischen wurden weitere Auflagen gedruckt und insgesamt nach Angaben der Herausgebenden des Faltblattes „über 1,7 Millionen Stück“ verteilt (Junge Freiheit 2019).

[1] Scheele (2016) verweist darauf, dass aufgrund der Bedeutungsunschärfe der Begriffe ‚Gender’ und ‚Genderismus’, die beide sowohl innerhalb der Frauenbewegung als auch von Gegner*innen der Gleichstellungsarbeit kritisiert werden, der Begriff ‚Anti-Genderismus’ sowohl als Kritik an Ausgrenzungen aufgrund von Gender im Sinne feministischer Ansätze dient, aber eben auch als Abwehrhaltung gegen den vermeintlichen ‚Gender-Wahn’ instrumentalisiert werden kann. Daher erscheint Anti-Genderismus für Sebastian Scheele nicht als angemessene Bezeichnung für die Gegner*innen, sodass er es bevorzugt, am Begriff Antifeminismus festzuhalten. Im vorliegenden Artikel wird „Anti-Genderismus“ als Form der Abwehr aller gleichstellungsorientierten Ansätze verstanden.

Auffällig am Flyer ist die Verwendung verschiedener Farben sowie Schriftarten. Für die Verfasser*innen des Flyers mutmaßlich besonders wichtige Aussagen wurden blau unterstrichen oder gelb hervorgehoben. Mehrfach werden Bilder mit Kindern genutzt, um Aussagen zu unterstreichen. Die Hervorhebungen sollen, so ist anzunehmen, auch dazu dienen, gezielt Dinge zu überspitzen, um dadurch zu provozieren. So findet sich z.B. ein solches Bild auch unter dem eingangs gegebenen Zitat, wo sich unter der Überschrift „Unterrichtsinhalte für die Kleinsten“ ein Kleinkind von schätzungsweise zwei Jahren die Augen zuhält. Neben dem Kind befinden sich eingestreut die Begriffe „Gender“, „Dildo“, „Lederpeitsche“ und „Gruppensex“ (Junge Freiheit 2015). Das oben aufgeführte Zitat aus dem Faltblatt zieht, wie zahlreiche andere darin, mehr Fragen als Antworten nach sich, wie z.B.: Was sind ‚Gender-Mainstreaming-Konzepte’? Was bedeutet es, dass gezielt an Sexualität herangeführt werden soll? Von welchem Lehrplan wird da gesprochen und was bedeutet es, dass diese ‚Frühsexualisierung’ für alle Kinder Pflicht sein soll? Und das sind nur einige von vielen Fragen, die diese Aussage aufwirft mit dem offensichtlichen Ziel, um das Wohl ihrer Kinder besorgte Eltern zu alarmieren.

Neben den mehr Verwirrung stiftenden als Informationen liefernden Aussagen werden durch die gezielte Verwendung von Reizwörtern Aufreger geschaffen und Bedrohungsszenarien initiiert (Vgl. Hark/Villa 2015: 172). Die oben genannten, im Flyer quasi ‚in einen Topf geworfenen’ und hervorgehobenen Begriffe „Dildo“, „Lederpeitsche“, „Gender“, „Gruppensex“ und „Gender-Mainstreaming“ werden so als Bedrohung für alle, insbesondere für (kleine) Kinder und ihre Eltern, dargestellt. Was die Autor*innen mit dem jeweiligen Begriff meinen oder woher sie ihre Informationen zu den z.B. in Kindergarten und Schule geplanten Maßnahmen beziehen, wird nicht transparent. Das dadurch erzeugte Angst-Szenario wird von Scheele als ein im Anti-Genderismus typisches Bedrohungsszenario der „Umerziehung & Sexualisierung“ bezeichnet. „Das Kind“ fungiere hierbei „als Chiffre politischer Auseinandersetzungen“ (Scheele 2016: 6).

Im Folgenden wollen wir den Flyer genauer betrachten und einzelne Aussagen überprüfen. Dabei ist es wichtig, zunächst den Kontext zu kennen, also herauszuarbeiten, wer für das Faltblatt verantwortlich zeichnet. Dieser Frage wird im nachfolgenden Abschnitt nachgegangen. Daran anschließend werden exemplarisch einige Aussagen, die seitens der ‚Jungen Freiheit' im Flyer formuliert werden, wiedergegeben und diesen – aus Platzgründen lediglich in Ansätzen – Definitionen aus der Genderforschung gegenübergestellt. Anschließend werden die die Argumente der ‚Jungen Freiheit' vereinheitlichenden Merkmale und Elemente diskutiert. Anders als die Mehrzahl der weiteren Artikel in diesem Band verstehen wir diesen Aufsatz dabei als Auseinandersetzung mit einem konkreten praktischen Beispiel von Anti-Genderismus und nicht als wissenschaftlich-theoretischen Beitrag zum Thema.

## 1. Falsches Spiel ‚von rechts außen'?

Bevor wir auf die Inhalte des Flyers eingehen und dabei herausarbeiten, warum wir im Beitragstitel von einem „falschen Spiel" sprechen, soll zunächst geklärt werden, wer hinter der Aktion „Gender mich nicht!", zu der der entsprechende Flyer gehört, steht.
Herausgegeben und beworben wird der Flyer durch die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit (JF)'. Die JF wurde 1994 gegründet und erscheint inzwischen wöchentlich. Die Druckauflage beträgt über 36.000 Exemplare, mit denen die ‚Junge Freiheit' nach eigenen Angaben vor allem Lesende mit „hohem Bildungsstand" und „weit überdurchschnittlichem Einkommen" (davon 86,6% männlich) erreicht (vgl. Junge Freiheit 2018).

Die „Werte" der Jungen Freiheit sind ihrem Leitbild zufolge unter anderem:

- Die „Nation" als entscheidenden Ordnungsfaktor und identitätsstiftenden Rahmen im vereinten Europa zu bewahren,

- die „Freiheitlichkeit" zu verteidigen gegen Angriffe von außen und einen „neuen Totalitarismus“,
- ein „Konservatismus", der dem „Fortschrittsglauben“ gegenüber skeptisch ist und sich der „Gleichheitsutopie“ widersetzt, sowie
- das "Christentum", mit dem die deutsche und europäische Geschichte auch in seiner säkularen Form unauflöslich verwoben sei (Junge Freiheit 2011).

Bereits in diesem kurzen Auszug aus den „Werten“, denen sich die Redaktion[2] selbst im Leitbild (an anderer Stelle wird es als „Grundsatzerklärung der Redaktion“ bezeichnet) verschreibt, wird deutlich, dass es sich bei der JF um eine zumindest rechts-konservative Zeitung handelt. In Fachkreisen wird die ‚Junge Freiheit’ jedoch eher dem rechten Rand zugeordnet. So gilt die Zeitung als „Flaggschiff“ und „Vorzeigeprojekt“ der neuen Rechten (Gessenharter 2004: 20). Helmut Kellershohn stellt fest, der „Konservatismus“ im Sinne der JF könne als „Chiffre für den völkischen Nationalismus“ betrachtet werden und dieser wiederum könne als „Kernanliegen“ der Zeitung gesehen werden (Kellershohn 2013: 120). 2005 konnte die JF durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Beobachtung durch den Verfassungsschutz verhindern. Gideon Botsch konstatiert mit Blick darauf, dass sich „jenseits dieser [gerichtlichen] Bestimmungen […] jedenfalls ein radikal formulierter und ethnisch begründeter Nationalismus erkennen [lässt] […]. Ungeachtet dessen legte die ‚Junge Freiheit’ stets großen Wert darauf, sich zum Grundgesetz als geltender Verfassung zu bekennen“ (Botsch 2017: o. S.).

[2] Die Redaktion der JF besteht, das sei, da es in diesem Band um Fragen des Umgangs mit Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern geht, angemerkt, aktuell laut Webseite aus 13 Männern und einer Frau (Stand April 2020 – siehe Junge Freiheit 2020b).

Bei der Verbreitung des Flyers und der Bewerbung der dazugehörigen Internetplattform[3] greift die ‚Junge Freiheit' auf ein Unterstützer*innennetzwerk zurück, dem unter anderem Initiativen wie die Vereinigung „Demo für alle" mit ihrem Slogan „Ehe und Familie vor! Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder", die Initiative „Familien-Schutz.de", die u.a. Eltern berät, wie sie sich gegen die „Lehre der sexuellen Vielfalt" einsetzen können oder die katholische, päpstliche Stiftung „Kirche in Not" angehören (Junge Freiheit 2020a).

## 2. Argumentation im Flyer – exemplarische Beispiele

Zunächst möchten wir mit einem Auszug aus dem ersten Absatz des Flyers beginnen, in dem die Verfassenden darlegen, was von ihnen so bezeichnete „Verfechter der Gender-Ideologie" ihrer Meinung nach unter Gender verstehen:

> Unser Geschlecht ist angeblich vor allem sozial und kulturell geprägt, unsere Biologie drängt uns demnach in eine stereotype Rolle als Mann oder Frau. Ganz so, wie die radikale Feministin Simone de Beauvoir es einst sagte: ‚Man kommt nicht als Frau auf die Welt, man wird zur Frau gemacht´. Dabei spiele die Frage, welches Geschlecht wir biologisch haben, angeblich keine Rolle, relevant sei nur, wie man sich fühle. Nicht umsonst stammt der Gender-Begriff aus der Transsexuellen-Forschung. (Junge Freiheit 2015)

An dieser Stelle wird auf den Begriff des biologischen Geschlechts rekurriert: Ab dem 18. Jahrhundert wurde Geschlecht als eine „Kombination von Biologie und der Bestimmung aus der Natur abgeleitet und zugleich als Wesensmerkmal in das Innere der Menschen verlagert" (Hausen 1976: 369f.). Man ging also davon aus, dass männliche und weibliche Eigenschaften und Verhaltensweisen genetisch vorbestimmt und inkorporiert sind.

[3] Link: http://gender-mich-nicht.de, [02.07.2020].

Heute wird das Geschlecht auf soziologischen und gendertheoretischen wissenschaftlichen Grundlagen anders definiert. Hingewiesen sei auf die Trennung zwischen der biologischen Geschlechtszugehörigkeit, die im Englischen als ‚sex' bezeichnet wird, und dem gesellschaftlich konstruierten sozialen Geschlecht, dem ‚gender' (Bamberg 2000: o. S.). Hierbei ist zwar nicht von einer klaren Trennlinie zwischen Natürlichem und Kulturellem auszugehen, dennoch sollte die soziale Konstruktion von Geschlecht stets mitgedacht werden (Villa 2004: 141f.). Das bedeutet auf die individuelle Geschlechtsidentität bezogen, dass die Kategorie Geschlecht und der Umgang mit ihr nach der Geburt erlernt werden (vgl. Preuk 2012). Aus gendertheoretischer Sicht wird also, bezogen auf das Zitat aus dem Flyer, gerade *nicht* behauptet, dass das biologische Geschlecht (sex) keine Rolle spiele, sondern es wird im Zusammenspiel mit dieser Kategorie auf Gender, die soziale Dimension des Geschlechts, verwiesen. Die Aussage, die im Flyer in Bezug auf die Genderwissenschaften getätigt wird, ist also entweder aus Unwissenheit gemacht worden oder wurde bewusst verdreht. Für Letzteres spricht der vierte Satz des Zitats, dass „der" Gender-Begriff aus der „Transsexuellen-Forschung" stamme: Hier werden die Worte ‚Gender' und ‚Transsexuelle' vermutlich gezielt als Reizwörter verwendet. Die Autor*innen definieren nicht, was sie unter den Begrifflichkeiten – bspw. unter der „Transsexuellen-Forschung" – verstehen und an dieser wie auch an anderen Stellen im Flyer wird kein Versuch unternommen, durch die Verwendung von Definitionen oder Belegen zum Verständnis der genutzten Begrifflichkeiten beizutragen.

Birgit Sauer verweist diesbezüglich unter Bezugnahme auf Gerhard Marschütz darauf, dass das dem Gender-Begriff zugrundeliegende Konzept von seinen Kritiker*innen immer wieder – erkennbar bewusst – missverstanden und -interpretiert werde. Die verschiedenen Gruppierungen würden damit absichtlich die Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung verzerren, um sie lächerlich zu machen und damit der Gleichstellungsarbeit sowie ihren Maßnahmen die Berechtigung abzusprechen (vgl. Sauer 2019: 341).

Ein zweites Beispiel der im Flyer getroffenen Aussagen:

> Die Gender-Theorie wurde hauptsächlich von lesbischen Feministinnen und Transgender-Forschern entworfen. Diese wollen keine Gleichberechtigung von Mann und Frau, sondern die Auflösung des Geschlechts insgesamt. Jeder soll sich sein Geschlecht frei aussuchen, die angeborene Identität zerstört werden. (Junge Freiheit 2015)

An dieser Stelle müsste gefragt werden, wie die verwendeten Begriffe „die“ Gendertheorie sowie „die“ Transgender-Forschung zu verstehen sind. Für diese und diverse weitere Textstellen kann festgehalten werden, dass von den Autor*innen des Flyers der Bedeutungskontext nicht ausgeführt wird. Diese Vorgehensweise ist typisch für rechtspopulistische Rhetorik: Begriffe werden aus dem Zusammenhang gerissen und nicht mehr auf ihre Herkunftsgeschichte hin überprüft bzw. ein Zusammenhang behauptet, der sich bei genauerer Prüfung nicht belegen lässt. Begriffe, die Verschiedenes meinen, werden zu einem Begriff simplifiziert (Hechler 2015: 266), z.B. durch die Gleichsetzung von ‚Geschlecht’, ‚Gender’, ‚Gender Mainstreaming’ und ‚sexueller Orientierung’, die alle als ‚Gender-Ideologie’ zusammengefasst werden. Auffällig ist zudem erneut die stigmatisierende Verwendung von Begriffen (lesbische Feministinnen und Transgender-Forscher), die der Polarisierung und somit der Entstehung eines Feindbildes, oder wie Hark und Villa beschreiben, dem „Aufbauen eines binären Freund-Feind-Schemas“ (Hark/Villa 2015: 172) dienen. Indem auf die „biologisch-natürliche heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit“ (Sauer 2019: 49) zurückgegriffen wird, können Vorstellungen von Geschlechtern und „dem Volk“ generell so vermittelt werden, dass eine „geschlechterideologisch begründete natürliche Zugehörigkeit“ konstruiert und Menschen, die dieser Vorstellung nicht entsprechen (können/wollen), ausgeschlossen werden (ebd.: 349). So wird die Vorstellung eines homogenen „Volkes“ gestaltet, das von Eliten und Intellektuellen betrogen wird und somit „schwach, passiv und handlungsunfähig ist und daher gerettet werden muss, Schutz und Führung braucht. Rechtspopulistische Führungspersönlichkeiten imaginieren sich als diese Retter“ (ebd.: 350).

Insbesondere anhand des letzten Satzes des Zitats wird ein für rechtspopulistische Argumentationen typisches Bedrohungsszenario entworfen (Hark/Villa 2015: 172), das alle Lesenden des Flyers betrifft - es wird so dargestellt, als sei die eigene Identität in Gefahr, die es nun vor den bedrohlichen Einflüssen „der“ Gender-Theorie zu schützen gelte. Auch hier findet eine Pauschalisierung statt. Bezüge zu konkreten Personen werden nicht hergestellt. Erneut wird deutlich, dass es im Flyer eben nicht um Begriffsklärung geht. Vielmehr werden Behauptungen aufgestellt, die nicht nachgewiesen werden, also bspw., dass es *nicht* um die Gleichberechtigung von Mann und Frau gehe. Dies steht im Gegensatz zu den eigentlichen Zielen von Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik, deren Bestreben die Chancengleichheit aller Menschen ist. Zudem sei auf die Problematik der Behauptung hingewiesen, es gehe im Rahmen von Geschlechterpolitiken um „die Auflösung des Geschlechts.“ Newmark verdeutlicht, dass dies im klaren Gegensatz zu den eigentlichen Zielen der Frauen- und Gleichstellungsarbeit steht: „Denn, um es nochmals in aller Deutlichkeit zu sagen: Niemand, der sich ernsthaft mit Geschlechterforschung oder Gleichstellungspolitik beschäftigt, geht davon aus, dass wir immaterielle Wesen sind, die sich gänzlich nach Gusto selbst konstruieren, oder dass es keine körperliche, biologische, materielle Grundlage für die Menschen, so wie sie sind, gibt“ (Newmark 2015: o. S.).

Untersucht werden soll auch die Aussage „Gender stellt die Ehe zwischen Mann und Frau in Frage als ‚sexistischen Stereotyp‘“ (Junge Freiheit 2015). Mayer beschreibt den ‚Anti-Genderismus‘ als „enorm vielfältig, flexibel und adaptionsfähig. Er aktualisiert sich an konkreten Themen […]“ (Mayer 2018: 71f.). Die Autorin verweist ebenfalls auf den häufig gewählten Fokuspunkt Familie in antifeministischen Bewegungen (vgl. Mayer 2018: 72). Auch Hechler weist auf die Ehe zwischen Mann und Frau als zentrales Orientierungsmuster in rechten Diskursen hin (Hechler 2015: 267). Die heterosexuelle Ehe und kleinbürgerliche Familie verlieren aber nicht ihre Rechte und Privilegien, nur weil auch andere Lebensformen als die

heterosexuelle Ehe anerkannt werden (Hark/Villa 2015: 48). Das Einzige, was sich verändert, ist die Selbstverständlichkeit der Privilegien. Daher dient diese Aussage erneut dem Aufbau eines Bedrohungsszenarios, um die heterosexuelle Mehrheit der Menschen ansprechen und für die eigene Meinung einnehmen zu können. Auch hier werden keine Belege angeführt, woher die Aussage in Bezug auf die Zielsetzung von „Gender" stammt. Laut Flyer soll „Gender" diese Intention verfolgen- aber wen oder was meinen die Verfasser*innen mit „Gender"? Statt seriöser Informationen wird erneut ein Bedrohungsszenario entworfen, das unterschwellig vermittelt, dass die Ehe zwischen Mann und Frau als sexistisches Stereotyp gesehen würde und durch die „Genderbewegten" abgeschafft werden solle.

Nachfolgend wird ein weiteres Zitat aus dem Flyer betrachtet: „Gender stellt auch die biologische Verwandtschaft in der Familie in Frage" (Junge Freiheit 2015). Die wahrscheinliche Quelle dieses Zitats ist Berger zufolge ein von Martin Voigt (von der Jungen Freiheit mit dem Gerhard-Löwenthal-Preis[4] ausgezeichnet) verfasster Artikel, in dem er schreibt: „Ziel der Gender-Ideologie ist die Dekonstruktion stabiler sexueller und familiärer Bindungen" (zit. n. Berger 2017). Auch dieser Autor gibt bedauerlicherweise keine Quelle an, so dass (wahrscheinlich so intendiert) nicht nachvollzogen werden kann, wo ein solches Ziel benannt worden sein könnte. Denkbar ist, dass die vermeintliche Zielsetzung durch Martin Voigt und/oder die Autor*innen des Flyers eigens kreiert wurde. Auch hier ist auffällig, dass „Gender" personifiziert wird - die Vermutung liegt nahe, dass dies verdecken soll, dass keine Quelle für diese Aussage vorhanden ist und sie so keinem wissenschaftlichen Anspruch genügen kann. Das eigentliche Ziel „der" Gender-Forschung ist es nachweislich nicht, die biologische Verwandtschaft der Familie infrage

[4] Der Gerhard-Löwenthal-Preis wird gemeinsam von der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung, der Wochenzeitung Junge Freiheit und Dr. Ingeborg Löwenthal verliehen. „Er ist zukunftsorientiert und fördert jungen, freiheitlich-konservativen Journalismus", heißt es auf der Website ‚Bibliothek des Konservatismus'.

zu stellen, sondern, es Menschen zu ermöglichen, „Familie und Beziehung so zu leben, wie es ihrer Lebenssituation entspricht. Ohne Bevormundung und ohne Benachteiligung“ (Schutzbach 2017: o. S.). Auch alternative Familienkonzepte sollen Akzeptanz finden - was, den gesellschaftlichen Wandel berücksichtigend, auch notwendig ist. Die Vielfalt an Lebensformen ist jedoch nicht das Werk „der Gender-Ideologie“, sondern hängt mit verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Faktoren zusammen (vgl. Schutzbach 2017).

Scheele bezeichnet den hier anhand beispielhafter Aussagen verdeutlichten, heutigen Anti-Genderismus als „familialistischen Antifeminismus“, in dessen Zentrum die Familie „als naturgemäße Einheit aus VaterMutterKind“ stehe, die zugleich „als Symbol von Heterosexualität und Geschlechterbinarität“ fungiere. Gleichzeitig werde das Bild der „bürgerliche[n] heteronormative[n] Kernfamilie“ entworfen, die sich insbesondere gegen „‚Minderheiten‘, denen eine bedrohliche Sexualität oder Geschlechtsidentität zugeschrieben wird“, wehren müsse. Die vorherrschende Familiennorm bezeichnet Scheele als „rassistisch, nationalistisch, klassistisch, sexistisch, homophob aufgeladene Familien-Norm“ (Scheele 2016: 5f.).

Weiter heißt es im Flyer über den Aspekt der Erziehung zur sexuellen Vielfalt:

> Unterrichtsbeispiele sind etwa Pantomime-Spiele, bei denen Begriffe wie ‚Porno‘, ‚zu früh kommen‘ oder ‚Gruppensex‘ dargeboten werden. Kinder sollen einen ‚Puff für alle‘ konstruieren, in dem in jedem Raum andere sexuelle Praktiken gegen Geld angeboten werden. Sexspielzeug soll ersteigert werden, Kondomführerscheine erworben werden oder im Internet Recherche über Homosexualität auf einschlägigen Kontaktportalen als Hausaufgaben gemacht werden. (Junge Freiheit 2015)

Diese Aussage wird direkt nach dem Stichwort „Kindergarten“ gemacht. Somit kann der Eindruck entstehen, als würden diese Aufklärungsspiele mit Kleinkindern durchgeführt werden, was durch das Hinzufügen des Bildes eines Kleinkindes noch verstärkt wird.

Eine Quelle für diese Unterrichtsbeispiele wird nicht genannt, sodass deren Herkunft auch hier nicht nachvollzogen werden kann. Vergleichbare Übungen, wie sie in „Sexualpädagogik der Vielfalt“ (Timmermanns/Tuider 2008) bereitgestellt werden, richten sich an Schüler*innen der weiterführenden Schule. Für eine ähnliche Übung (ebd.: 52f.) wird die Altersstufe ab 14 Jahren vorgeschlagen. Mit der Unterstellung, es sei intendiert, derlei Übungen mit Kleinkindern durchzuführen, wird also erneut Panikmache betrieben und es wird versucht, den Eindruck zu erwecken, „Gender“ habe eine entwicklungspsychologisch fragwürdige Sexualerziehung als Ziel. Ein für rechte Argumentationen typisches Bedrohungsszenario (vgl. Hark/Villa 2015) wird entworfen. Mitnichten stehen der Informationsgehalt oder eine Nachvollziehbarkeit der Argumentation im Fokus. Es wird zudem ‚vergessen’, zu erwähnen, dass die beschriebenen Übungen nicht curricular festgehalten und somit nicht verpflichtend sind, sondern nur Vorschläge zur Gestaltung des Unterrichts darstellen (näheres zu den entsprechenden Beschlüssen siehe: Deutscher Bundestag 2016). Auch diese Darstellung im Flyer ist daher schwammig und weist keine Belege auf. Es werden erneut gezielt Reizwörter verwendet (Porno und Gruppensex in Verbindung mit Klein- und Schulkindern), die vermutlich zu einer Emotionalisierung führen sollen.

An dieser Stelle sei noch die Aussage, „Der Verband der Intersexuellen spricht gar von über 4.000 Geschlechtern. Skala nach oben offen“, genauer beleuchtet. Die Quelle des Flyers könnte ein Tagesschau-Interview mit der Vorsitzenden des Vereins ‚Intersexuelle Menschen’ sein, in dem es heißt: „Wir kennen 4000 Varianten von geschlechtlicher Differenzierung“ (Tagesschau.de 2012). Der Begriff ‚geschlechtliche Differenzierung’ ist aber nicht mit dem Begriff ‚Geschlecht’ gleichbedeutend. Mit dem Gesprochenen im Interview ist also nicht die Aussage intendiert, dass es 4000 (biologische) Geschlechter gebe. Auch an dieser Stelle stehen nicht die In-

formationsgabe oder Transparenz der Aussagen im Flyer im Vordergrund, sondern die Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung sollen ins Lächerliche gezogen werden.

## 3. Zusammenschau

> „‘Anti-Genderismus‘ dient […] den sich europaweit organisierenden autoritären rechtsextremen Kräften dazu, in ihrem Kampf um Hegemonie, Deutungsmacht und politische Macht die Grundsätze von Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und Selbstbestimmung radikal in Frage zu stellen“. (Sauer 2019: 349)

Den Akteur*innen, die sich mittels der Initiative „Gender mich nicht!“ gegen Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik engagieren, kann anhand der aufgezeigten Beispiele aus dem Flyer „Gender mich nicht!“ eine solche Zielsetzung unterstellt werden. Dabei bilden diese ein breites Spektrum ab, das bspw. fundamentalistische Christ*innen, wertkonservative Journalist*innen sowie Teile politischer Parteien, bspw. der Alternative für Deutschland (AfD), beinhaltet (vgl. den 2. Abschnitt dieses Artikels und auch Hark/Villa 2015: 42). Wie Mayer anmerkt, „ist der ‚Anti-Genderismus‘ heute als ein Allianzprojekt zu verstehen, das unterschiedliche religiöse, konservative und rechte Strömungen verbindet (…)“ (Mayer 2018: 62).

„Das Feindbild ‚Gender‘ fungiert hier als argumentative Schnittstelle, als ‚Scharnier‘, als ‚Kitt‘ (Juliana Lang) oder als ‚symbolischer Klebstoff‘ (Eszter Kováts)“ (Scheele 2016: 13). Die Junge Freiheit nennt, wie bereits angeführt, als ihre Werte neben nationalen und freiheitlichen Richtlinien u.a. „Konservatismus“ sowie das sich „Widersetzen gegen die Gleichheitsutopie“, wie es im auf der Internetseite der Jungen Freiheit veröffentlichten Leitbild heißt. Zudem behauptet die Junge Freiheit, christliche Werte zu vertreten. Mit

dem Leitbild sucht die Zeitung also u.a. den Schulterschluss mit Gruppen wie den oben genannten.

Auffällig an der zitierten Argumentation ist in jedem Falle, dass sich oftmals ausschließlich auf ein biologistisches Geschlechtsverständnis bezogen wird, ohne soziologische und gesellschaftstheoretische Aspekte mit einzubeziehen. Das bedingt, dass die grundsätzliche Idee von ‚Gender' überhaupt nicht verstanden wird und ausschließlich auf die überholte Sichtweise eines rein auf biologische Merkmale reduzierten Geschlechts zurückgegriffen wird. Es ist also nicht verwunderlich, dass sich innerhalb des zitierten Flyers nicht auf aktuelle gendertheoretische Forschungskenntnisse bezogen wird, da dies die hier aufgezeigte ‚Argumentation' durchbrechen und die getätigten Aussagen widerlegen würde. Typisch für antifeministische Argumentationen ist es ebenfalls, dass Elemente aus feministischen Diskursen auf- und dann angegriffen werden mit dem Ziel, diese als ideologisch zu identifizieren und ihnen somit ihre Wissenschaftlichkeit ab- und manipulative Intentionen zuzuschreiben (vgl. Hark/Villa 2015). Dies wird auch in den hier dargestellten Beispielen deutlich: Bedrohungsszenarien werden inszeniert, Aussagen dramatisiert und so Angst gegen das personifizierte Feindbild, die ‚Bedrohung' durch alles, was mit ‚Gender' zu tun hat, geschürt. Es geschieht hierbei eine eindeutige Abgrenzung des ‚Speziellen' vom ‚Gewöhnlichen' – und somit eine Stigmatisierung benachteiligter Gruppen. Außerdem wird seitens der Jungen Freiheit dahingehend argumentiert, dass bislang bevorzugte Gruppen ihre Privilegien verlören, indem Strategien zur Auflösung der Ungleichheit zum Tragen kommen. Das von Hark und Villa vorgestellte „Freund-Feind-Schema" wird also auch hier gezielt angewandt (Hark/Villa 2015: 172).

Die „diskursive Leerstelle" (Scheele 2016: 12), oder der „leere Signifikant" (Mayer 2018: 55) ‚Gender' ist hierbei als „Begriff ohne definierte Bedeutung, der aber ein ganzes Bündel unterschiedlicher Inhalte zusammenhält und sprachlich repräsentiert" (ebd.), zu verstehen. Dabei werden schwammige Aussagen ohne Bezug zu (aktuellen wissenschaftlichen) Quellen und Definitionen formuliert und

Tatsachen sowie Ziele der Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung dabei so verdreht, dass diese fälschlicherweise als gesellschaftlicher Zwang verstanden werden können (Hark/Villa 2015: 48). Zudem werden absichtlich Reizwörter verwendet, deren Bedeutung durch diverse Debatten aufgeladen ist und die dadurch polarisierend wirken.

Diese Form der Abwehr von Erkenntnissen aus der Geschlechterforschung kann als „Versuch der Restabilisierung prekär gewordener ‚Selbstverständlichkeiten'" gedeutet werden (ebd.: 8). Geschlecht ist an dieser Stelle die zentral identitätsstiftende Kategorie (ebd.: 169). Der hierbei bedienten Geschlechterdifferenz wird eine hierarchisierende Ordnungsfunktion zugesprochen (ebd.: 29). Scheele bemerkt hierzu:

> In der Postdemokratie werden die Geschlechterverhältnisse zum letzten symbolischen Rückzugsort des Konservatismus. Geschlechterpolitik ist dafür offenbar ein besonderes Politikfeld, das auf besondere Art an Identitäten und Emotionen rührt. In dieser Erklärung[5] würden beispielsweise Themen der Moral und insbesondere der Sexualmoral attraktiv in Zeiten, in denen an anderen politischen Fragen nicht gedreht werden kann: ‚Sex' geht immer, und ‚Denkt an Kinder!' geht auch immer. (Scheele 2016: 13)

Hinter der verwendeten und zuvor analysierten Rhetorik steht nach unserer Meinung also die Angst vor der Auflösung der traditionellen sozialen Ordnung (was auch immer die einzelnen Protagonist*innen damit verbinden), die im sozialen Wandel erfahrbar wird (vgl. Hark/Villa 2015). Doch sich dem Wandel gegenüber zu verschließen bedeutet nicht, dass er sich nicht trotzdem vollzieht.

[5] Scheele bezieht sich hier auf einen Argumentationsstrang Bernhard Schmids, der die französischen antifeministischen Mobilisierungen untersucht hat.

# Antifeminismus als Bestandteil der Einflussnahme von rechten Akteur*innen im Umwelt- und Naturschutzbereich

## Ergebnisse einer Online-Befragung von Umweltverbänden durch diversu e.V.

Daniela Gottschlich und Christine Katz

### 1. Einleitung

Antifeminismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen kann als Gegenreaktion auf emanzipatorische Kämpfe und Errungenschaften gewertet werden. Sein Ziel ist es, die patriarchale Ordnung beizubehalten, in der geschlechtsspezifisch zugewiesene, hierarchisch verfasste Rollen weiterhin ihre Gültigkeit haben. Wenngleich Antifeminismus als Strategie nicht nur von Akteur*innen der extremen Rechten genutzt wird, so gilt doch, dass antifeministische und rechte Diskursstrategien eng miteinander verwoben sind (vgl. Sigl i. d. Bd.; AK Fe.In 2019). Extrem rechte Positionen sind in der Regel nie frei von Antifeminismus. Antifeminismus erfüllt dabei eine wichtige Scharnierfunktion ins konservative Lager (vgl. Schutzbach 2019: o. S.). Denn die Kritik an der gesellschaftlichen Anerkennung der Pluralisierung von Lebensentwürfen und Geschlechtsidentitäten bildet einen Nenner, auf den sich extrem rechte Parteien, Identitäre Bewegungen, christliche Fundamentalist*innen, Abtreibungsgegner*innen und auch einige Konservative einigen können (ebd.; vgl. auch Mayer/Goetz 2019). Mit antifeministischer Rhetorik ist es der extrem Rechten möglich, sich gegen Gleichheit auszusprechen, ohne sich explizit rassistisch zu äußern (vgl. Schutzbach 2019: o. S.). Ein gängiges antifeministisches Narrativ im deutschsprachigen Raum ist der Vorwurf an Feminist*innen, verantwortlich für den Rückgang der autochthonen Bevölkerung zu sein: Ihre Propaganda

führe dazu, dass Frauen, statt Kinder zu gebären, nun der eigenen Karriere den Vorzug geben würden, während Migrant*innen mehr und mehr Kinder bekämen (vgl. Goetz 2020). Die als Sorge um den Nachwuchs getarnte rassistische Bevölkerungspolitik findet sich auch im Umwelt- und Naturschutzdiskurs wieder. Antifeminismus und Nativismus, also die Ablehnung von Zuwanderung und die Bekämpfung von Ansprüchen ‚fremder' Minderheiten tauchen in rechten Naturschutzargumentationen nicht nur immer wieder auf, sondern werden in diesen Diskursen auch gestärkt: Etwa durch die Betonung der Relevanz der autochthonen Natur als Grundlage für ein ‚gesundes Volk', durch die Forderung nach einer Reinheit von Sorten und durch die Rückbesinnung auf vermeintlich durch die Natur vorgegebene Grenzen und Möglichkeiten (vgl. Kapitza i. d. Bd.). All dies insinuiert einen Rekurs auf die Sinnhaftigkeit naturgegebener Arbeits- und Aufgabenteilung: Frauen in ihrer Funktion als Hausfrau und Mutter, Männer als Familienernährer.

Die Tatsache, dass es mittlerweile in allen ökologischen Handlungsfeldern rechte Aktivitäten und Einflussnahme gibt – rechtsextreme Akteur*innen protestieren gegen Biodiversitätsverlust und Gentechnik, engagieren sich für Landschafts- und Tierschutz, betreiben ökologische Landwirtschaft, haben Interesse an nachhaltigen Energie- und Mobilitätskonzepten, an veganer Ernährung und fordern regionale Wirtschaftskreisläufe (kritisch dazu z. B. Geden 1999; Franke 2011; Staud 2015; Farn 2018, 2019) – hat diversu e.V. zum Anlass genommen, Umweltschutz von rechts genauer zu analysieren.

Denn Naturschutz als Handlungs- und Argumentationsfeld wird von rechter Seite nicht nur neu, sondern vielmehr wiederentdeckt. Rechtsextreme Akteur*innen[1] beziehen sich dabei auf die Anfänge des Naturschutzes, die im Heimatschutz liegen, und die bei weitem

[1] Die Begriffe ‚rechts' und ‚rechtsextrem' werden im Folgenden weitestgehend synonym verwendet, weil eine Abgrenzung oft schwierig ist und Positionen verschiedener Akteur*innen des rechten Spektrums ineinander übergehen, aufeinander verweisen und aneinander anschließen. Beim Begriff des Rechtsextremismus beziehen wir uns auf die Definition von Samuel Salzborn (2018).

nicht so progressiv und liberal waren, wie gemeinhin angenommen wird: „Die Wurzeln des Naturschutzes reichen weit in die Zeit der deutschen Romantik zurück, dabei sind sowohl demokratische als auch autoritär-völkische Traditionslinien im Naturschutz angelegt“ (Wiersbinski et al. 2015: 7). Neben ihres identitätsstiftenden Moments sind Umwelt- und Naturschutzthemen für rechte Gruppen zudem interessant, weil sie einen Imagegewinn bedeuten. Mit ihnen können rechtsextreme Akteur*innen durchaus Sympathien gewinnen und erscheinen anschlussfähig an wichtige gesellschaftliche Anliegen. Strategisch nutzen rechte Akteur*innen Natur- und Umweltschutzthemen, um ihre rassistischen und völkischen Ideologien in die Mitte der Gesellschaft zu bringen. Über das konkrete Engagement in lokalen Naturschutzinitiativen oder bei Protestkampagnen besteht für rechte Akteur*innen die Möglichkeit, sich potenziellen Sympathisant*innen und Wähler*innengruppen durch das gemeinsame Tun zu nähern. Nicht zuletzt wollen völkische Siedler*innen und rechte Ökos

> mit ihren Familien auch ihre völkisch-nationalistische Weltanschauung praktisch leben, ihre Kinder in der Natur und in ihrem Geiste erziehen, Brauch- und Volkstum wiedererwecken und oft Naturreligiosität ausleben.
> (Röpke/Speit 2019: 7)

Zu dieser Weltanschauung gehört die bereits erwähnte Vorstellung einer ‚natürlichen‘ Ordnung der Geschlechter: stereotype Vorstellungen von ‚Frauen‘ und ‚Männern‘ prägen nicht nur Kleidung und Frisuren (etwa bei der Anastasia-Bewegung oder Mitgliedern der Identitären Bewegung), sondern sind verbunden mit einer Ablehnung von Lebensentwürfen, die der heteronormativen Ausrichtung von Gesellschaft zuwiderlaufen. Neonazis im Wendland z. B. züchten nicht nur alte Tierrassen, sondern sind auch der Überzeugung, dass es ebenfalls Menschenrassen gebe, die jeweils einem spezifischen Lebensraum zugeordnet seien. Für Anhänger*innen dieser ‚Blut und Boden‘-Ideologie, die von der Einheit zwischen einem

rassisch definierten Volkskörper mit seinem Siedlungsgebiet ausgehen, erscheint es geradezu als ein zwingender Gedanke, „dass ein gesundes Volk auch eine gesunde Natur brauche“ (Melchert, zit. n. Staud 2015: o. S.). Naturschutz gilt also als Instrument zum Erhalt ‚der biologischen Substanz des Volkes‘; die Losung ‚Naturschutz ist Heimatschutz‘ steht für die Bekämpfung alles vermeintlich Fremden und unterstützt zentrale rechte Narrative, wie den ‚großen Bevölkerungsaustausch‘ oder die Orientierung an ‚Ethnopluralismus‘. Das heißt, wenn die extreme Rechte sich aus Überzeugung für Natur- und Umweltschutz einsetzt, dann wird damit immer zugleich ein Gesellschafts- und Menschenbild transportiert, das von völkischem Gedankengut durchtränkt, rassistisch und antifeministisch ist.

Nun ist in einer offenen Gesellschaft generell kein Bereich davor gefeit, durch antidemokratische Strömungen instrumentalisiert zu werden. Doch gerade weil das Handlungsfeld Naturschutz historisch und inhaltlich Anknüpfungspunkte für rechte Argumentationsmuster aufweist, wollte diversu e.V. wissen, welche Erfahrungen Vertreter*innen von Umwelt- und Naturschutzverbänden bisher damit gemacht haben. Im Rahmen des Projekts ‚Rechte Landnahme (ReLa)‘[2] untersuchte diversu e.V. nicht nur, was diese Einflussnahme von rechter Seite für die Natur- und Umweltschutzszene bedeutet, sondern auch, was Umweltverbände gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Vereinnahmungen tun können. Zur Beantwortung dieser Fragen führte diversu e.V. im November 2019 bei den Mitgliedsverbänden des Deutschen Naturschutzring DNR e.V. eine explorative Studie durch, um eine erste Informationsbasis darüber zu generieren, ob und wie rechte Akteur*innen und ihr völki-

[2] Das Projekt ‚Rechte Landnahme- Umweltschutz von rechts: Wie und wo passiert es und was können Umweltverbände gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Vereinnahmungen tun? (ReLa)’ zielte darauf ab, zur Aufklärung, Sensibilisierung und Weiterbildung für alle beizutragen, die der rechtsextremen Einflussnahme im Natur- und Umweltschutzbereich etwas entgegensetzen wollen. Es wurde vom Umweltbundesamt und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gefördert. Die Mittelbereitstellung erfolgte auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

sches Gedankengut Einfluss auf die Arbeit von Natur- und Umweltschutzverbänden nehmen. Nach antifeministischen Einstellungen und Äußerungen hatte diversu e.V. dabei nicht explizit gefragt. Die Auswertung zeigt aber, dass es Verbindungen gibt. Wenn wir im Folgenden die zentralen Ergebnisse dieser Studie[3] vorstellen, gehen wir dabei auch auf identifizierbare antifeministische Elemente ein.

## 2. Wie sind Umwelt- und Naturschutzszene von rechter Einflussnahme betroffen?

### 2.1 Online-Erhebung von Erfahrungen

Erhoben wurden die Daten anhand einer Online-Umfrage in LimeSurvey zwischen dem 01.10.2019 und dem 01.11.2019. Für die Befragung wurden Mitglieder und Vertreter*innen aller im Deutschen Naturschutzring (DNR) organisierten Verbände angeschrieben. Insgesamt wurden 437 E-Mails versendet, der Rücklauf lag mit 21% erstaunlich hoch für solcherart Erhebungen. Allerdings wurde nicht jede Frage gleichermaßen von allen bearbeitet, sodass zu den einzelnen Fragen unterschiedlich viele, meist nicht mehr als 54 Aussagen gewertet werden konnten. Gründe dafür könnten gewisse grundsätzliche Bedenken sein, sich zur Thematik Rechte Landnahme[4] deutlich zu äußern. Mit sieben Verbandsvertreter*innen, die über Hintergründe und Details zu konkreten Erlebnissen und Gegenmaßnahmen berichten konnten, wurden zusätzlich kurze Telefoninterviews geführt.

Die Ergebnisse der Umfrage repräsentieren weder die Erfahrungen aller aus den befragten Verbänden noch sind sie als ein eindeutig quantitativ messbarer Beleg für eine fortgeschrittene Gefahr der

[3] Die Studie ist als pdf-Download verfügbar unter https://www.diversu.org/wp-content/uploads/2020/06/ReLa_Ergebnisse_Online-Befragung_Juni-2020.pdf

[4] Rechte Landnahme meint Einflussnahme durch rechte und rechtsextreme Gruppen, Positionen und Ideologien auf Diskursives und Materielles (Grund und Boden, Menschen, Materialien, Organisationen, Veranstaltungen).

Rechten Landnahme zu deuten. Sie tragen jedoch u. E. zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit dieser Thematik bei und eröffnen einen groben, aber flächendeckenden Eindruck über die derzeitige Situation der potenziellen Vereinnahmung von Umwelt- und Naturschutzverbänden in Deutschland durch rechte Ideologien und Positionen. Aus allen Bundesländern liegen Daten zur Umfrage vor.

***Merkmale der befragten Verbände***

Die meisten der von uns Befragten vertraten Verbände der Bundes- und Landesebene, 22% stammten aus Kreis- und 15% aus Ortsgruppen. 6% der Antwortbögen kamen von Jugendverbänden. Die deutlich meisten der Befragten ordneten sich von ihrer inhaltlich-thematischen Ausrichtung her dem Natur- und Umweltschutz (bzw. der -politik) zu (40 Nennungen), gefolgt von Verbänden, die ihren Schwerpunkt im Bereich der Naturerfahrung/Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sehen (22). 19 sind insbesondere im Freizeit und Sport aktiv, 18 verorten sich inhaltlich eher beim Thema Nachhaltigkeit und zehn fokussieren auf Fischerei, Jagd und Landwirtschaft. Zur Umweltwissenschaft ordnen sich fünf zu.

***Erfahrungen mit rechter Einflussnahme***

In der Umfrage wurde nach ersten Erfahrungen mit rechter Einflussnahme (intern oder extern, in welchem Kontext, wie häufig) und nach gezielter Kontaktaufnahme und Kooperationsanfragen durch rechte Gruppierungen gefragt sowie nach dem Umgang mit rechter Einflussnahme. Es interessierte diversu e.V. insbesondere, welche konkreten Umgangsstrategien in den Verbänden bereits praktiziert werden und welche weitere Unterstützung benötigt wird.

31,5% der Verbandsmitglieder, die an der Umfrage teilgenommen haben, gaben an, im Rahmen ihrer Tätigkeiten für den Verein bereits Erfahrungen mit Menschen mit rechten Ideologien gemacht

zu haben.[5] Dem stehen 43,5% ohne solcherart Erfahrungen gegenüber, 25% haben sich nicht dazu geäußert. Die Erfahrungen reichen von zugeschickten Informationsmaterialien mit völkisch-ideologischer Gesinnung, rassistischen Vorfällen bei Aktionen und Exkursionen, über Mietanfragen und Debatten durch Teilnehmer*innen aus der rechten Szene auf Veranstaltungen oder an Infotischen bis hin zu konkreten Kooperationsanfragen. Inwiefern die Einflussnahme von rechts in den letzten Jahren zugenommen hat, lässt sich aus den Daten nicht ablesen. In jedem Fall scheint die Einflussnahme kein Einzelphänomen zu sein. Fast 11% der Befragten beschreiben zudem, dass ihnen Mitglieder mit rechtsideologischen Äußerungen auch im eigenen Verband aufgefallen sind. Diese Verbände verteilen sich gleichmäßig auf Bayern, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Drei Verbände sind in allen Bundesländern tätig.

***Mit wem und wo werden die Erfahrungen gemacht?***

Die meisten Konfrontationen mit rechter Ideologie scheinen mit Privatpersonen im Rahmen der Naturschutzarbeit zu passieren. Genannt werden hier Besucher*innen am Infotisch, Grundstückseigentümer*innen, Teilnehmer*innen von Workshops sowie Jäger*innen. Von Erfahrungen mit Vereinsmitgliedern über deren private Posts oder in Gesprächen nebenbei handeln zehn Berichte, sechs Befragte berichten von Erfahrungen mit rechtsgerichteten Organisationen und vier von Erfahrungen mit Vertreter*innen von Institutionen oder bestimmten Berufsgruppen wie z. B. einem Busfahrer, einem Kandidaten für den Bundesvorstand eines Umweltverbandes und einem Beiratsmitglied einer Naturschutzbehörde. Von den Befragten werden Veranstaltungen (z. B. Ökomärkte, Info-Stände, Arbeitseinsätze oder Exkursionen) als die Orte genannt, an denen die Konfrontation mit rechtsideologischen und populistischen Positionen am häufigs-

[5] Dies gilt bis auf wenige Ausnahmen (Bremen, Schleswig-Holstein, Saarland, Rheinland-Pfalz) bundesweit.

ten stattfindet, gefolgt von *Social Media*. Weitere Erfahrungen werden der Umfrage nach in Gesprächen, über zugeschickte Flyer mit rechtsgerichteten Positionen sowie über Leserbriefe bzw. Zuschriften gemacht.

Fast 12% geben in den Rückantworten an, offenbar im Natur- und Umweltschutzkontext bereits Materialien mit rechtsideologischen, völkischen oder/und populistischen Bezügen erhalten zu haben, knapp 15% sind solche zumindest schon mal aufgefallen. Von gezielter Kontaktaufnahme, d. h. Kooperations- und Vernetzungsanfragen durch rechte Akteur*innen berichten 18%. Die Anfragen beziehen sich dabei auf Raummiete und die Nutzung eines Grundstücks, auf die Durchführung einer gemeinsamen Veranstaltung, auf inhaltliche bzw. strategische Kooperation bei einer Anhörung im Landtag zu Windkraft sowie auf die Einladung als Referent*in zu einem Vortrag.

## 2.2 Welche ökologischen Themen bieten Einfallstore für rechtsideologische Argumentationen?

Die Nachfrage nach Themen, bei denen den Befragten rechte Positionen begegnet sind, bestätigte den eingangs geschilderten Befund, dass zahlreiche Nachhaltigkeitsthemen von Migration über nachhaltige Geldanlage bis hin zu Tierschutz und Gartenbau davon betroffen sind (vgl. Abb. 1).

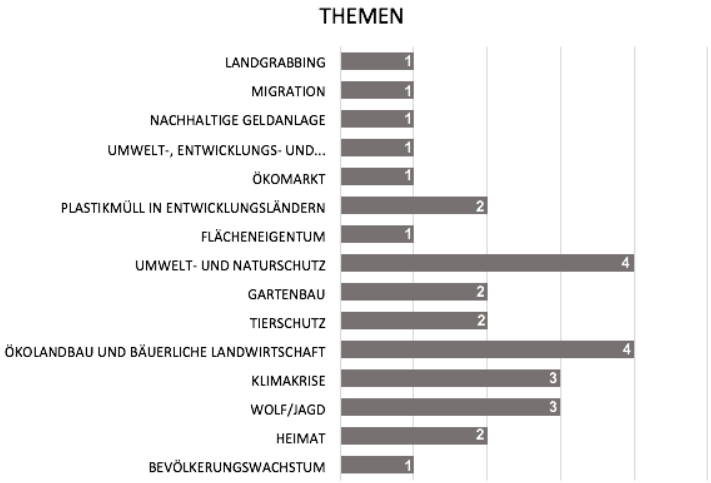


*Abb. 1: Themen der rechten Einflussnahme*

Die häufigsten der geschilderten Fälle (jeweils vier Nennungen) wurden im Zusammenhang mit dem Umwelt- und Naturschutz sowie dem Ökolandbau/der bäuerlichen Landwirtschaft erlebt. Rechte Argumentationen prägen auch die Auseinandersetzungen um Bevölkerungswachstum, Wolf/Jagd und Klimakrise (jeweils drei Nennungen). Exemplarisch gehen wir auf das Thema Bevölkerungswachstum genauer ein.

***Beispiel Bevölkerungswachstum***

Die Position, dass Bevölkerungswachstum verantwortlich für Naturzerstörung sei, dass es einen Bevölkerungsrückgang brauche und dafür Bevölkerungskontrollpolitik nötig sei, findet sich nicht nur bei Akteur*innen der extremen Rechten, sondern in zahlreichen Publikationen aus dem Themenfeld Nachhaltigkeit und in verbandsinternen Positionen, wie drei Rückmeldungen zeigen. Von feministischer Seite wurde immer wieder auf die Menschenrechtsverletzungen und damit auf die repressive Geschichte von Bevölkerungskontrollpolitik hingewiesen: So gibt es beispielsweise

> vielfältige […] Beispiele von Zwangssterilisationen an Schwarzen, Indigenen, behinderten, gefangenen oder HIV-positiven Menschen. […] Noch Ende der 1990er Jahre wurden bei einem Sterilisationsprogramm in Peru etwa 300.000, mehrheitlich arme und indigene Frauen, sterilisiert. Dies geschah oftmals ohne ihr Wissen.
> (Gottschlich/Schultz 2019: 24)

Um diese gewaltsame Dimension kritisch zu reflektieren, ist allgemein ein genereller Perspektivwechsel in der Debatte um Bevölkerungsentwicklung in der Umweltbewegung notwendig, der sich in aller Deutlichkeit von Tragfähigkeitskonzepten verabschiedet, die optimale Bevölkerungszahlen erreichen wollen und stattdessen die Aufmerksamkeit von der individuellen auf die strukturelle Ebene und damit auf die naturzerstörerischen Folgen des derzeitigen Wirtschaftssystems lenkt (vgl. Hendrixson et al. 2019). Denn rechte Akteur*innen können sonst nicht nur leicht anschließen an dieses Thema, sie nutzen es auch, um ihre nativistische, rassistische und antifeministische Botschaft zu verbreiten: Einerseits erklären sie das Bevölkerungswachstum in ‚Schwellen- und Entwicklungsländern' zum größten Problem für den Umweltschutz und wollen beispielsweise ‚Entwicklungshilfe' an strikte Bevölkerungskontrollpolitik koppeln. Andererseits fordern sie für Deutschland ‚die konsequente Förderung von kinderreichen Familien', um der angeblichen ‚Überfremdung' entgegenzuwirken und den ‚drohenden Volkstod' abzuwenden. So erschienen 2019 beispielsweise im rechten Wirtschaftsmagazin des Vereins Recherche Dresden die ‚Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende', in denen die „Überbevölkerung" als „die Mutter aller Umweltprobleme" bezeichnet wird.[6] Verfasser ist der Journalist Felix Menzel, der dem von Götz Kubitschek gegründeten rechtsextremen Institut für Staatspolitik nahesteht. Dieses Narrativ, dass die einen zu viel, die anderen zu wenig seien, gilt

[6] https://recherche-dresden.de/sieben-thesen-fuer-eine-konservativ-oekologische-wende/ (Zugriff am 6.10.2020)

es entschieden zurückzuweisen. Bereits an anderer Stelle wurde darauf verwiesen, dass damit absurderweise gerade diejenigen in den Fokus von Klimaschutz und Bevölkerungspolitik geraten, die am meisten von Ressourcenverbrauch ausgeschlossen sind und am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben (Gottschlich/Schultz 2019: 27). Es geht um Verteilungskonflikte und Produktionsweisen, nicht um eine unzulässige Reduktion komplexer globaler Herausforderungen. Eigenverantwortlich über die Zahl der Kinder zu entscheiden, die man bekommen möchte, ist ein Menschenrecht – überall auf der Welt (vgl. Gottschlich 2006).

## 2.3 Wie gehen die Umweltverbände damit um?

Laut Umfrage und den qualitativen Interviews ist der Austausch über Rechte Landnahme in den Verbänden bisher eher gering ausgeprägt. Vielleicht auch deswegen, weil die Einflussnahme und Übergriffe von rechts größtenteils (noch) als handhabbar und nicht bedrohlich für die eigene Tätigkeit eingestuft werden. Dennoch haben einige der Natur- und Umweltschutzverbände inzwischen eine Reihe an Maßnahmen und Aktivitäten gegen Einflüsse von rechts entwickelt[7]. Sie setzen auf zwei verschiedenen Ebenen an:

**a) … an den verbandsinternen Verhältnissen und Prozessen**
Die existierenden Materialien zur *Information und Aufklärung* über Rechte Landnahme im Natur- und Umweltschutzbereich (z. B. von FARN) nutzen einige Verbände. Viele scheinen jedoch das, was es dazu an Handreichungen, Broschüren und Beratungen bereits gibt, weder zu kennen noch zu verwenden. Umweltverbandsmitglieder wissen auch häufig nicht, ob und wie sich ihr eigener Verband zur

[7] Die Auswertung der Online-Erhebung und der darin genannten Maßnahmen der Organisationen gegen rechte Einflussnahme sowie die weiterführenden Aussagen aus den zusätzlichen qualitativen Interviews bildeten die Grundlage für die Erarbeitung eines Strategieentwurfs für Natur- und Umweltschutzverbände zum Umgang mit der neuen Rechten. Das Strategiepapier „Rechte Landnahme stoppen: Was Umweltverbände gegen rechtsextreme Vereinnahmungen tun können“ kann unter https://www.diversu.org/wp-content/uploads/2020/09/Strategiepapier_ReLa_Version-1.pdf heruntergeladen werden.

extremen Rechten positioniert und was dazu an Aktivitäten bereits läuft. Es bedarf also einer effektiveren Kommunikation. Neben Trainingsmaßnahmen zum Umgang mit rechten Akteur*innen halten die Verbandsvertreter*innen zudem Diversity-Schulungen zu Interkulturalität, Diskriminierung und Antirassismus für dringlich, um im Verband auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen angemessen reagieren zu können.

Mit Blick auf *dialogisch orientierte Maßnahmen* gibt es in Verbänden gute Erfahrungen mit der festen Einrichtung regelmäßiger Austauschrunden zum Thema ‚Einfluss von rechts': Beim NABU z. B. haben Mitarbeiter*innen inzwischen eine Gender-/Diversity-Gruppe gegründet, mit dem Ziel, Veränderungen in der Verbandskultur anzustoßen. Die meisten Befragten halten eine direkte Gegenreaktion bei rechtslastigen Äußerungen für wichtig, bis dahin, dass sie Gespräche mit den Eltern führen, etwa wenn Kinder oder Jugendliche rechte Sprüche äußern.

Als *strukturell-rechtliche Maßnahmen* wurden in einigen der Natur- und Umweltschutzverbände Beschlüsse auf Bundes- bzw. Landesebene zur Thematik gefasst, die z. B. den Umgang mit rechtslastigen Mitgliedern oder Kooperationsanfragen von rechten Gruppierungen betreffen. Manche Verbände haben dies auch bereits in ihrer Satzung verankert. Der Mitgliedsausschluss gilt als eines der drastischsten Mittel, das auch schon vereinzelt angewendet wurde. Die Naturschutzjugend hat ein sog. Rote-Karte-System eingeführt, das mit verschiedenen Stufen der Verwarnung funktioniert.

**b) … an der Außenwirkung des Verbandes**

Einige Verbände haben Positionspapiere zum Thema Rechtsextremismus/Rechtspopulismus und der eigenen Haltung im Umgang mit rechten Akteur*innen entwickelt. Angeregt wird zudem ein anderer Umgang mit Themen, die Analogien mit gesellschaftlichen Verhältnissen nahelegen und rechten Akteur*innen inhaltlich Einfallstore liefern könnten (z. B. Neophyten (vgl. Kapitza i. d. Bd.) oder die Wolfsdebatte). Um dies umsetzen zu können, wird externe Unter-

stützung für notwendig erachtet. Die Befragten wünschen sich außerdem diversitysensible Materialien, die in der sprachlichen und visuellen Darstellung mit der Dominanz von weißen, jungen, männlichen Personen des Bildungsbürgertums brechen und die Vielfalt der Gesellschaft wertschätzend abbilden. Viele Naturschutzverbände – und das trifft auch Verbände des DNR (z. B. Sport-/freizeitorientierte Verbände) verstehen sich als politisch neutral, weil sie auch Mitglieder mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit haben. Sie vertreten die Ansicht, dass parteipolitische Haltungen keinerlei Rolle spielen und der Verein sich daher auch nicht politisch positionieren dürfe. Andere wiederum halten eine Positionierung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die eine Positionierung gegen sexistische und antifeministische Äußerungen einschließt, für extrem wichtig. Vorgeschlagen wird, dass sich die Verbände mit ihrem Politik- und Selbstverständnis auseinandersetzen. Mit Blick auf Kooperationen und Interaktionen, z. B. bei öffentlichen Auftritten, verfolgen manche Verbände eine strikte Linie (keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD). Andere überlassen es den eingeladenen Fachleuten aus dem Verband, ob sie sich mit AfD-Vertreter*innen auf das Podium setzen oder nicht.

## 3. Fazit: Was ist zu tun?

Rechte Einflussnahme, die antifeministische Elemente enthält, betrifft die Umweltverbandsarbeit unmittelbar. Denn ökologische Themen werden genutzt, sowohl um rechte Ideologie zu verbreiten, als auch um diejenigen (etwa als potenzielle Wähler*innen) zu adressieren, die gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Geschlechtergerechtigkeit und Klimagerechtigkeit ablehnen. Die feststellbaren Instrumentalisierungen von ‚Natur' und ‚natürlicher Ordnung' gilt es kritisch zu beleuchten und entsprechende Umgangsweisen zu entwickeln.

Aus der Online-Befragung von diversu e.V. ging auch deutlich hervor, dass – unabhängig von den jeweils im Einzelnen verfolgten

Strategien – der Rückhalt von der Verbandsspitze, das Sich-Berufen-können auf Beschlüsse und Strukturen wichtig ist und dass dieses das Um- und Durchsetzen von Maßnahmen gegen rechte Einflussnahme erleichtert. Notwendig sind zudem staatliches Engagement, geänderte politische Rahmenbedingungen und Aktivitäten zur Verhinderung rechter Landnahme, damit Naturschutz als Politikfeld in seiner zivilgesellschaftlichen wie staatlich institutionalisierten Struktur fest in der demokratischen Kultur verankert bleibt.

# Autor*innen & Herausgeberinnen

**Julia Böcker,** M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie und Kulturorganisation an der Leuphana Universität Lüneburg. Sie promoviert zum gesellschaftlichen Umgang mit Fehlgeburt und Totgeburt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kultur- und Wissenssoziologie, Körper, Emotionen und Gesellschaft sowie qualitative Methoden. Julia Böcker ist u.a. Mitglied des Netzwerks Empirische Kultursoziologie.

**Andreas Eylert-Schwarz** ist Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge und als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Sozialarbeit/Sozialpädagogik der Leuphana Universität Lüneburg tätig. Er promoviert zu Geschlechterfragen in Aus- und Weiterbildung der Sozialen Arbeit. Forschungsschwerpunkte sind darüber hinaus Bildungsforschung, Partizipation und Kooperation zwischen Fachkräften der Sozialen Arbeit, Kindern und Eltern.

**Caja Fischer**, studiert Kulturwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg mit den Schwerpunkten Digitale Medien, Kritische Theorie und Feminismus. Von 2016 bis 2019 arbeitete sie für das tunesisch-deutsche Forschungsprojekt „Transformation – Kultur – Geschlecht“. Derzeit schreibt sie ihre Bachelorarbeit zu Diskursen über sexualisierte Gewalt.

**Karin Fischer**, M.A. ist Kulturwissenschaftlerin und die Koordinatorin des Netzwerkes Geschlechter- und Diversitätsforschung an der Leuphana Universität Lüneburg. Sie ist Initiatorin und Organisatorin der regelmäßigen Kurzvortragsreihe ‚10 Minuten – die den Unterschied machen‘, die darauf zielt, Impulse aus der Geschlechter- und Diversitätsforschung einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

**Daniela Gottschlich**, Dr.in, ist Politikwissenschaftlerin, hat zu Nachhaltigkeit aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive promoviert und arbeitet für diversu e.V. – Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit in Lüneburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politische Ökologie, Feministische Ökonomik/ Care, Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse sowie Rechtsextremismus und Ökologie.

**Steffi Hobuß**, Dr.in phil., ist Philosophin und Akademische Leiterin des Leuphana College. Von 2016 bis 2019 war sie Leiterin des interkulturellen und interdisziplinären tunesisch-deutschen Forschungsprojekts ‚Transformation – Kultur – Geschlecht'. Zur Zeit (2019-2022) leitet sie das Projekt ‚Rhetorik, Argumentation und Debattenkultur' am Leuphana College. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Sprach- und Sozialphilosophie, Interkulturelle Philosophie, Wahrnehmungstheorie, Memory Studies, Philosophie der Geschlechterkonstruktion.

**Katharina Kapitza**, M. Sc., ist Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaftlerin und Doktorandin an der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität Lüneburg. Sie promoviert zur Konstruktion ‚fremder' Natur/en in Gebieten ‚neuer Wildnis'. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Soziale Ökologie, Geschlechterforschung, Neobiota, Naturschutz und Rechtsextremismus.

**Christine Katz**, Dr.in, ist Nachhaltigkeitswissenschaftlerin und 1. Vorsitzende von diversu e.V., Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Naturgestaltung und Geschlechterverhältnisse, Interkulturalität und Naturpraktiken, genderorientierte Nachhaltigkeitsforschung, Natur und Intersektionalität, Kommunikation/Bildung und Klimafolgen, Diversity-Kompetenzen, feministische Nachhaltigkeitspolitik.

**Mariza Leuchtmann**, M.Ed., hat den Masterstudiengang „Lehramt an Haupt- und Realschulen" an der Leuphana Universität Lüneburg

abgeschlossen und ist angehende Referendarin. Sie hat bis Juli 2020 als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (IFSP) im Projekt KomPädenZ-Potenzial gearbeitet.

**Ann-Kathrin Mader**, M.A., ist Kulturwissenschaftlerin und promoviert zu schwangeren Körpern und heteronormativer Hegemonie, gefördert durch ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie ist Lehrbeauftragte an der Leuphana Universität Lüneburg zu Gender und Queer Studies. Ihre Forschungsinteressen sind Mutterschaftsideale zwischen Naturalisierung und neoliberaler Selbstoptimierung; intersektionale Perspektiven auf (pop)kulturelle Phänomene sowie Stereotype in Kinder- und Jugendliteratur.

**Johanna Sigl**, Dr.in, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Leuphana Universität Lüneburg am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Als geschlechterreflektierte Rechtsextremismusforscherin arbeitet sie wissenschaftlich wie auch als politische Bildnerin zu Antifeminismus. Johanna Sigl ist Teil des Netzwerks Geschlechter- und Diversitätsforschung der Leuphana Universität Lüneburg und des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus.